

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

15. September 2021

Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Revision des Zivilgesetzbuchs im Bereich der Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Mit der neuen Regelung soll die unbefriedigende Situation behoben werden, wonach eine aufgedeckte Minderjährigenehe zumeist nicht zu einer Klageerhebung (welche von Amtes wegen zu erfolgen hätte) geführt hat, da in der Regel die Braut bei der Eheschliessung minderjährig und aufgrund der anzunehmenden Länge der Gerichtsverfahren die Volljährigkeit vor Rechtskraft eines Entscheids zu erwarten war.

Die der Revision zugrundeliegende Intention wird begrüsst. Inwiefern die neuen Regelungen dazu führen, dass tatsächlich Minderjährigenehen im Ausland verhindert oder in der Schweiz die Betroffenen besser geschützt werden können, bleibt ungewiss. Der gesellschaftliche Druck auf die Betroffenen, sich im Rahmen eines Verfahrens auf die Beibehaltung der Ehe zu berufen, dürfte weiterhin bestehen. Die Minderjährigenehen werden zumeist erst im Zusammenhang mit einer Geburt in der Schweiz erkannt, weshalb bei weiterhin minderjährigen Müttern das Gericht die Klage wohl bereits aufgrund der überwiegenden Interessen an der Weiterführung der Ehe abweisen wird.

Im Weiteren ist auf folgenden Umstand hinzuweisen: der für die Erhebung der Ungültigkeitsklage zuständigen kantonalen Behörde ist nicht bekannt, ob beide Ehegatten an der Ehe festhalten wollen. Dies wird erst im anschliessenden Gerichtsverfahren festgestellt. Dieser Ablauf verursacht unnötigen Aufwand und vermeidbare Kosten und stellt auch eine Belastung der betroffenen Ehe dar. Es stellt sich die Frage, ob nicht ein Instrument geschaffen werden soll, wonach das Festhaltenwollen vorzeitig geprüft werden kann, beispielsweise in der Form der vorsorglichen Beweisführung gemäss Art. 158 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- zz@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
zz@bj.admin.ch

Appenzell, 29. Oktober 2021

Revision des Zivilgesetzbuchs, Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

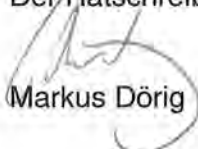
Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des Zivilgesetzbuchs zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie begrüsst die Vorlage und dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Wir bitten um Kenntnisnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
per E-Mail: zz@bj.admin.ch
[PDF- und Wordversion]

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 24. September 2021

Eidg. Vernehmlassung; Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement EJPD eingeladen, sich zur Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten) zu äussern. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 29. Oktober 2021.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat befürwortet den Entwurf zur Revision des Zivilgesetzbuchs (ZGB; SR 210) in Sachen Bekämpfung von Minderjährigenheiraten. Die vorgeschlagene Anpassung ermöglicht einen besseren Schutz der betroffenen Personen zur Geltendmachung des Eheungültigkeitsgrundes «Minderjährigkeit» – auch für die klageberechtigte Behörde im Kanton (Art. 106 ZGB). Sie bringt aber auch im Rahmen von spezifischen Informationsprogrammen die Möglichkeit Personen, die von Zwangsheiraten betroffen sind, in schwierigen Situationen Unterstützung zu bieten.

Appenzell Ausserrhoden hat sich seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über Massnahmen gegen Zwangsheiraten am 1. Juli 2013 mit «ZARTwerk» (ar.ch/zartwerk) proaktiv gegen Zwangsheiraten engagiert. Grosse Bedeutung kommt dabei der Information, Sensibilisierung und Beratung von Betroffenen, Personen im Umfeld wie auch Fachpersonen zu. Im Rahmen des Projekts ist daraus das «Netzwerk Gewaltschutz» entstanden, das sich regelmässig mit den neusten Gesetzen, dem Vollzug und der Beratung auseinandersetzt. Das Netzwerk dient somit dem Informationstransfer unter Fachpersonen, der Weiterentwicklung von Präventionsmassnahmen und der gezielten Wissensvermittlung sowie Vernetzung inner- und ausserhalb des Netzwerkes.

Massnahmen, welche die Situation von Personen, die minderjährig verheiratet werden, verbessern und ihnen insbesondere mehr Zeit einräumen, um ihre Ehe ungültig erklären zu lassen, sind – wie es die vorliegende Gesetzesrevision vorsieht – aus Sicht des Regierungsrates klar zu unterstützen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
CH-3003 Bern

E-Mail: zz@bj.admin.ch

Ihr Zeichen:

20. Oktober 2021

Unser Zeichen: 2021.DIJ.4895

RRB Nr.: 1166/2021

Direktion: Direktion für Inneres und Justiz

Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes:
Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des Zivilgesetzbuchs und die Einladung zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Bern nimmt wie folgt Stellung zur Vorlage:

1. Grundsätzliches

Der Regierungsrat begrüsst die zur Vernehmlassung gebrachte Vorlage. Er teilt die Einschätzung des Bundesrates, wonach beim Eheungültigkeitsgrund «Minderjährigenheirat» Verbesserungspotential besteht. Er unterstützt das gesetzgeberische Ziel, Minderjährigenheiraten so weit wie möglich zu verhindern und die Betroffenen wirksam zu unterstützen.

Der Regierungsrat beantragt Ergänzungen, auf die nachfolgend eingegangen wird.

2. Zu Artikel 105a Abs. 2 Ziff. 1 VE-ZGB

Art. 105a Abs. 1 enthält den Grundsatz, dass eine Ehe gerichtlich für ungültig zu erklären ist, wenn einer der Ehegatten im Zeitpunkt der Eheschliessung minderjährig war. In Abs. 2 wird festgehalten, unter wel-

chen Voraussetzungen eine Ungültigkeitsklage abgelehnt wird. Ob dabei nach Ziff. 1 oder Ziff. 2 vorzugehen ist, entscheidet sich aufgrund des Alters des minderjährig verheirateten Ehegatten während des Verfahrens.

2.1 primärer Antrag

Art. 105a Abs. 2 Ziff. 1 sei aufzuheben.

2.2 Begründung

Die Interessensabwägung bei minderjährig verheirateten Personen, welche auch während des Verfahrens noch minderjährig sind, erscheint stossend. Der Regierungsrat beantragt daher für diese Fälle eine absolut geltende Ungültigkeit.

Die im erläuternden Bericht erwähnten allfälligen Nachteile (vgl. S. 29), die sich für hier wohnhafte Minderjährige aus der Nichtanerkennung ergeben könnten und aktuell durch Aufrechterhaltung der Ehe im Sinne von Art. 105 Ziff. 6 ZGB respektive Art. 105a Abs. 2 Ziff. 1 VE-ZGB berücksichtigt werden, liessen sich durch eine entsprechende Sensibilisierung bei den involvierten Behörden und Ämtern auffangen. Zu denken ist beispielsweise an die Unterbringung von Asylsuchenden ohne örtliche Trennung der im Ausland Vermählten.

2.3 subsidiärer Antrag

Art. 105a Abs. 2 Ziff. 1 sei wie folgt zu ergänzen:

1. der betreffende Ehegatte *im Urteilszeitpunkt* noch minderjährig ist und die Weiterführung der Ehe seinen überwiegenden Interessen entspricht. *Der minderjährige Ehegatte ist zu seinen Interessen an der Weiterführung der Ehe durch das Gericht oder durch eine beauftragte Drittperson in geeigneter Weise persönlich anzuhören*; oder
2. (...)

2.4 Begründung

Gemäss Vorlage ist für die Vorgehensweise des Gerichts bei der Prüfung, ob die Ungültigkeitsklage abgewiesen werden muss, das Alter des betreffenden Ehegatten im Urteilszeitpunkt massgebend. Konkret wird dazu im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgehalten, dass Art. 105a Abs. 2 Ziff. 1 zur Anwendung komme, wenn der minderjährig verheiratete Ehegatte im Zeitpunkt des Verfahrens und damit bis zum Urteilszeitpunkt minderjährig sei. Werde der betreffende Ehegatte dagegen vor dem Urteilszeitpunkt volljährig, so liege ein Anwendungsfall von Ziff. 2 vor (vgl. S. 28 und 30). Für die Anwendung von Ziff. 1 oder Ziff. 2 ist also nicht das Alter im Zeitpunkt der Klageeinleitung, sondern jenes im Urteilszeitpunkt massgebend. Der Regierungsrat schlägt deshalb eine Konkretisierung vor, indem Ziff. 1 mit dem Zusatz «im Urteilszeitpunkt» ergänzt wird. Dadurch kann verhindert werden, dass sich erneut eine uneinheitliche Gerichtspraxis entwickelt.

Betreffend die Interessenabwägung ist dem erläuternden Bericht zum Vorentwurf zu entnehmen, dass aus der Gesamtbeurteilung nur die Gültigkeit der Ehe resultieren könne, wenn die betreffende Person selber

aus freiem Willen an der Ehe festhalten möchte. Dieser freie Wille sei sorgfältig zu ermitteln und müsse zweifelsfrei feststehen (vgl. S. 29). Der Regierungsrat geht davon aus, dass der vorgeschlagene Ergänzungssatz betreffend die persönliche Anhörung des minderjährigen Ehegatten die Wichtigkeit der Ermittlung des freien Willens verdeutlicht. Der Wortlaut wurde in Anlehnung an Art. 298 ZPO, Art. 268a^{bis} und 314a ZGB formuliert. Mit der Ergänzung wird zudem Artikel 12 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention; SR. 0.107) Nachdruck verschafft. Dieser besagt, dass das Kind das Recht hat, sich in allen das Kind betreffenden Verfahren frei zu äussern. Diese Ergänzung erscheint auch deshalb sinnvoll, weil Art. 105a Abs. 2 Ziff. 2 des Vorentwurfes beim volljährig gewordenen Ehegatten ausdrücklich eine Willenserklärung vorsieht.

3. Zu Artikel 105a Abs. 3 und Art. 106 Abs. 3 VE-ZGB

Nach Art. 105a Abs. 3 i.V.m Art. 106 Abs. 3 kann die Ungültigkeit wegen Minderjährigkeit zur Zeit der Eheschliessung bis zur Vollendung des 25. Altersjahres geltend gemacht werden.

3.1 Antrag

Art. 105a Abs. 3 sei aufzuheben.

Art. 106 Abs. 3 zweiter Satz sei aufzuheben.

3.2 Begründung

Gemäss aktueller Gesetzgebung können im Ausland verheiratete minderjährige Personen, die in der Schweiz leben, die Eheungültigkeitsbestimmung nicht mehr anrufen, sobald sie volljährig geworden sind. Die unterbreitete Vorlage sieht diesbezüglich Anpassungen vor: Neu soll die Ungültigkeit der Ehe bis zum Erreichen des 25. Altersjahres der betroffenen Person geltend gemacht werden können.

Der Regierungsrat lehnt nicht nur diese Ausdehnung der Frist, sondern allgemein das dahinterstehende gesetzgeberische Konzept ab, wonach mit dem Erreichen eines gewissen Alters die Heilung der Minderjährigenheirat automatisch eintritt:

Ein Eheschluss mit einer minderjährigen Person ist in der Schweiz seit 2013 nicht mehr möglich. Mit der vorgesehenen «Heilung» einer im Ausland geschlossenen Minderjährigenheirat werden die geltenden fundamentalen Grundsätze der schweizerischen Rechts- und Werteordnung ausgehöhlt, was abzulehnen ist. Zudem bringt die Anerkennung der Ehe ausländerrechtliche Folgen mit sich. Mit dem entstandenen Familienverhältnis geht die Möglichkeit eines Familiennachzugs einher. Auf diese Vorteile dürften viele der betroffenen Personen nicht verzichten wollen und eine unter Umständen mehrere Jahre gelebte Ehe würde weiterhin aufrechterhalten werden, obwohl die Weiterführung dieser Beziehung eigentlich nicht gewünscht ist.

Daher sollte die Ehe mit Minderjährigen absolut ungültig bleiben. Den betreffenden Personen wird damit aus rechtlicher Sicht nichts verbaut: Sollte tatsächlich ein Ehewille vorhanden sein, bleibt es ihnen belassen, sich (in der Schweiz) mit Eintritt der Volljährigkeit erneut trauen zu lassen.

4. Zu Artikel 9a Abs. 2 und 3 und 9b Abs. 3 VE-PartG

Die Bestimmungen des Partnerschaftsgesetzes sind das Gegenstück zu den Bestimmungen im ZGB. Sie sind daher entsprechend anzupassen.

5. Revision des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG; SR 291)

Es wird angeregt, dass im Rahmen der vorliegenden Revision zu prüfen ist, ob eine Anpassung des IPRG angezeigt wäre. Konkret könnte damit erreicht werden, dass Minderjährigenehen mit Bezug zur Schweiz (Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit eines der Brautleute) generell nicht anerkannt werden. Die Fragestellung würde daher vorverlagert. Einzig Heiraten ohne Bezug zur Schweiz könnten anerkennbar bleiben, beispielsweise indem der minderjährige Ehegatte nach Vollendung des 18. Altersjahr der Anerkennung zustimmt.

6. Strafbestimmung bei Verletzung des Primats der Ziviltrauung

Die kantonalen Aufsichtsbehörden in Zivilstandsangelegenheiten erhalten wiederholt Kenntnis von Ehen, welche unter Verletzung des Primats der Ziviltrauung erfolgten. Im Austausch mit den Fachstellen Zwangsheirat zeigt sich, dass deren Beratungen um ein Vielfaches höher sind, was auf eine hohe Dunkelziffer hinweist. Bis zum 31. Dezember 1999 wurde die Verletzung des Primates der Ziviltrauung mit Busse bestraft. Danach wurde die Delegationsnorm in Art. 103 Abs. 2 aZGB aus dem Zivilgesetzbuch gestrichen und anschliessend die entsprechende Strafbestimmung in der Zivilstandsverordnung (ZStV; SR 211.112.2). Die damalige Aufhebung erfolgte aufgrund der Überlegungen, dass die Strafbestimmung einen kulturkämpferischen Hintergrund habe und es nicht mehr gerechtfertigt sei, die alleinige kirchliche Trauung zu pönalisieren, wenn das Konkubinat als Lebensform akzeptiert werde (vgl. AB 1996 III, S. 741 und AB 1997 V S. 2660). Jedoch wäre zumindest zu prüfen, ob eine entsprechende Strafbestimmung bei religiösen Minderjährigenehen wiedereingeführt werden könnte. Der Regierungsrat regt daher an, die Einführung einer entsprechenden Strafbestimmung im Rahmen der vorliegenden Revision zu prüfen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Beatrice Simon
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Sicherheitsdirektion

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern
zz@bj.admin.ch

Liestal, 26. Oktober 2021

**Vernehmlassung
zur Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs ZGB (Massnahmen gegen Minderjähri-
genheiraten)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und teilen Folgendes mit:

A. Grundsätzliche Bemerkungen

Mit der unterbreiteten Gesetzesrevision kann die Minderjährigenheirat stärker bekämpft werden und Betroffene können besser geschützt werden. Wir unterstützen diese Zielsetzung. Die gesetzliche Neuregelung soll die bisher unbefriedigende Situation beheben, dass eine aufgedeckte Minderjähri- genheirat meist nicht zu einer – von Amtes anzustrebenden – Klageerhebung geführt hat. Der Grund dafür ist, dass in der Regel die Braut bei der Eheschliessung zwar minderjährig war, aber aufgrund der anzunehmenden Länge der Gerichtsverfahren die Volljährigkeit noch vor der Rechtskraft eines Entscheids zu erwarten war.

Allerdings scheint uns ungewiss, ob mit den neuen Vorschriften tatsächlich Minderjähri- genheiraten im Ausland verhindert oder in der Schweiz die Betroffenen besser geschützt werden können. Denn der gesellschaftliche Druck auf die Betroffenen, sich im Rahmen eines Eheungültigkeitsverfahrens auf die Beibehaltung der Ehe zu berufen, dürfte bestehen bleiben. Aus der Fachwelt ist bekannt, dass Betroffene von Zwangsheiraten und Zwangsehen durch ganze Familiensysteme unter – bis- weilen subtilen – Druck geraten. Zudem werden Minderjähri- genheiraten meist erst im Zusammenhang mit einer Geburt in der Schweiz erkannt, weshalb das Gericht eine Eheungültigkeitsklage bei wei- terhin minderjährigen Müttern wohl bereits aufgrund der überwiegenden Interessen an der Weiter- führung der Ehe abweisen dürfte.

Unseres Erachtens bleibt auch mit den zu begrüßenden neuen Massnahmen insofern eine Lücke bestehen, als Verlobungen von Minderjährigen sowie religiöse Trauungen von Minderjährigen nachwievor nicht verhindert werden. Dies, obschon beide Vorgehensweisen Betroffene in der Frei- heit der späteren zivilrechtlichen Eheschliessung enorm einschränken können. Für eine wirksame

und konsequente Prävention von Zwangsheiraten bräuchte es neben dem Verbot von Minderjährigenheiraten auch ein Verbot von Minderjährigenverlobungen und das Primat der Ziviltrauung vor religiösen Trauungen.

B. Bemerkungen zu einzelnen Themenbereichen

Interessenabwägung (Artikel 105a Absatz 2 Ziffer 1 Revisionsentwurf): Bis anhin war die Minderjährigenehe mit Erreichen des 18. Altersjahrs geheilt und die Erfolgsaussichten einer Ungültigkeitsklage waren sehr gering. Durch Anhebung der Altersgrenze sollen solche Klagen länger geltend gemacht werden können. An der Interessenabwägung, ob die Aufrechterhaltung der Ehe nicht trotzdem im überwiegenden Interesse der unter 18-jährigen verheirateten Person liegen könnte, soll weiterhin festgehalten werden. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass bei der Interessenabwägung eher geprüft werden müsste, wann die Voraussetzung für eine «Nicht-Weiterführung der Ehe» vorliegen. Diese Voraussetzung ist meist nur dann erfüllt, wenn neben dem Aspekt der Minderjährigkeit auch die Frage einer Zwangsehe im Raum steht. Für Paare aus anderen Kulturkreisen, die ihre Ehe leben und Kinder haben, wird die Interessenabwägung wohl stets zugunsten der Aufrechterhaltung der Ehe ausfallen.

Eheschliessungen vor dem 16. Lebensjahr: Kinderschutz-Fachpersonen plädieren dafür, dass Eheschliessungen, die vor dem 16. Lebensjahr vollzogen wurden, grundsätzlich zu annullieren sind. Zum einen befinden sich die betroffenen Personen zum Zeitpunkt der Eheschliessung im sogenannten sexuellen Schutzalter. Zum andern herrscht sowohl in der Schweiz als auch im europäischen Umfeld die Meinung vor, dass die Ehefähigkeit bei unter 16-Jährigen nicht gegeben ist. Bei Eheschliessungen, die zwischen dem 16. und dem 18. Lebensjahr vollzogen wurden, sollte die Ermittlung des Kindeswohls im Einzelfall in Form einer Interessensabwägung vor dem Familiengericht durchgeführt werden.

Information, Weiterbildung, Sensibilisierung: Damit das Revisionsziel, Minderjährigenheiraten zu verhindern, erreicht werden kann, braucht es Information und Schulung der zuständigen Behörden. Nach dem Bericht von 2019 über die Evaluation der zivilrechtlichen Bestimmungen zu Zwangs- und Minderjährigenheiraten verzichten meldeberechtigte Behörden¹ teilweise darauf, Verdachtsfälle der klageberechtigten Behörde zu melden². Bloss schätzungsweise 50–56 % aller Fälle von Minderjährigenehen werden der klageberechtigten Behörde gemeldet³. Daher empfiehlt der Bericht, die mit Minderjährigenehen konfrontierten Behörden⁴ zu sensibilisieren und die Vernetzung sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch unter den verschiedenen Behörden und Fachpersonen zu fördern.

Abschliessend bedanken wir uns nochmals für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

Hochachtungsvoll



Thomas Weber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

¹ Zivilstands- und Migrationsbehörden

² Bericht Seite VII

³ Bericht Seite 46

⁴ Zivilstands- und Migrationsbehörden und Gerichte



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

per E-Mail an:
zz@bj.admin.ch

Basel, 19. Oktober 2021

Regierungsratsbeschluss vom 19. Oktober 2021

Vernehmlassung zur Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Anträge und Bemerkungen zukommen.

1. Grundsätzliche Einschätzung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt begrüsst im Grundsatz, dass der Bundesrat verstärkt Massnahmen zur Verhinderung von Minderjährigenheiraten ergreifen will. Die vorgesehene Revision bestärkt den Grundgedanken, Minderjährigenehen grundsätzlich nicht dulden zu wollen und verdeutlicht den Ausnahmecharakter der Aufrechterhaltung einer solchen Ehe.

Dennoch ist der Kanton Basel-Stadt der Ansicht, dass der vorgeschlagene Weg nicht zielführend ist, da sich die Problematik der Minderjährigenheiraten – wie auch im erläuternden Bericht ausgeführt – fast ausschliesslich im Kontext des Internationalen Privatrechts (IPRG) stellt. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt erachtet es daher als angemessener, die Problemstellung über eine Revision des IPRG anzugehen. Dabei würde gesetzlich vorgesehen, dass Minderjährigenehen mit Bezug zur Schweiz (Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit eines der Brautleute) generell die hiesige Anerkennung zu versagen ist. Einzig Ehen von Personen, die als Minderjährige ohne Bezug zur Schweiz geheiratet haben und nach ihrer Volljährigkeit freiwillig der Eintragung zustimmen, könnten anerkannt werden. Den aufgrund des Schweizer Bezugs von der Nichtanerkennung ihrer Ehe Betroffenen bliebe nach Vollendung ihres 18. Lebensjahres wiederum die Möglichkeit, als Ledige das schweizerische Ehevorbereitungsverfahren zu durchlaufen und hier die Ehe mitsamt dem während der Trauung zu bekräftigenden freien Willen einzugehen. Damit würde ebenfalls ordentlich geprüft, ob allenfalls eine Zwangsheirat beabsichtigt wird. Mit dem hier vorgeschlagenen Lösungsweg käme es zu einer Konkretisierung und Verschärfung des bestehenden

Art. 45 Abs. 2 IPRG betreffend den Eheungültigkeitsgrund der Minderjährigkeit, was wiederum als klares Zeichen der Schweiz zu werten wäre, solche Eheschliessungen nicht zu tolerieren.

2. Anmerkungen zur vorgeschlagenen Lösung

Dass der Ungültigkeitsgrund «Minderjährigenehe» neu in einer eigenen Norm geregelt werden soll und dadurch ein besonderes Gewicht erhält, wird begrüsst. Wichtig erscheint auch, dass die Art der Geltendmachung beibehalten wird, zumal bei Vorliegen eines Ungültigkeitsgrundes eine Geltendmachung von Amtes wegen die Betroffenen entlastet.

Es ist zu bezweifeln, ob dem Schutzgedanken mit Erhalt der Heilung genügend Rechnung getragen wird. Minderjährigenehen stellen oft eine Form von Zwangsheirat dar. Mit dem Rechtsinstitut der Heilung werden die durch Forschung belegten Erkenntnisse zu den Auswirkungen von Partnerschaftsgewalt ausser Acht gelassen. Je länger eine Person in ihrer physischen und/oder psychischen Integrität verletzt wird, desto schwieriger ist es für die betroffene Person, aktiv zu werden, um sich aus der Situation zu befreien. Wie unter Ziffer 1 ausgeführt, würde mit einem generellen Ausschluss der Anerkennung von Minderjährigenehen mit Bezug zur Schweiz diesem Umstand Rechnung getragen. Wird aber weiterhin an der Heilung festgehalten, so ist konsequenterweise zu befürworten, dass die Geltendmachung der Eheungültigkeit verlängert wird. Der betroffenen Person soll nach Erreichung der Volljährigkeit eine gewisse Zeit gewährt werden, um sich auf die Ungültigkeit der Ehe bzw. auf ihre Rechte berufen zu können. Dass für die Heilung alleine massgebend sein soll, ob der minderjährige Ehegatte das 25. Altersjahr im Zeitpunkt der Klageeinreichung noch nicht vollendet hat, wird begrüsst.

Die Überlegungen des Bundesrates über die Beibehaltung der Interessenabwägung sind nachvollziehbar. Die konkreten Interessen der betroffenen Person können im Einzelfall für die Aufrechterhaltung der Ehe sprechen, wobei nicht ausser Acht gelassen werden kann, dass der betroffenen Person mit der Erklärung, die Ehe nicht fortführen zu wollen, eine grosse Mitverantwortung zukommt. Gemäss erläuterndem Bericht wird die Interessenabwägung ausschliesslich durch das zuständige Zivilgericht vorgenommen. Die Funktion der klageberechtigten Behörde beschränkt sich darauf, die Klage einzureichen. Eine Interessensabwägung soll dabei nicht vorgenommen werden. Insbesondere in klaren Fällen, in welchen der inzwischen volljährige Ehegatte aus freiem Willen zweifelsfrei erklärt, an der Ehe festhalten zu wollen und auch keine dem zuwiderlaufenden Anzeichen vorliegen, wird dieses Vorgehen als nicht zielführend erachtet. Eine zwingende Klageerhebung würde in solchen Fällen zu einem unnötigen administrativen und finanziellen Aufwand führen, was weder im Interesse der Betroffenen noch im Interesse der damit befassten Behörden sein kann. Der grundsätzlichen Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Ehe im Einzelfall ist indessen zuzustimmen.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt bedauert, dass der Bundesrat von einer Regelung für Personen, die zum Zeitpunkt der Eheschliessung unter 16 Jahre alt waren, absieht und auf die Gerichtspraxis verweist. Gerade für die Frage der Anerkennung von Minderjährigenehen in der Schweiz wäre eine Klärung wichtig.

Im erläuternden Bericht werden die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen und das entsprechende Anerkennungsverfahren (vgl. Art. 32 Abs. 1 IPRG) nicht erwähnt beziehungsweise besprochen. Aus dem Bericht geht insbesondere nicht hervor, ob im Falle einer Nichtanerkennung einer Minderjährigenehe durch die Aufsichtsbehörde zusätzlich eine Ungültigkeitsklage erforderlich ist. Dem Basler IPRG-Kommentar ist zu entnehmen, dass ausländische Kinderehen und Ehen von Jugendlichen unter 16 Jahren in der Regel nicht anerkannt werden sollten. Es bestehe kein Grund, gültig geschlossene Ehen von Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren in der Schweiz ausnahmslos immer die Anerkennung zu verweigern.

Art. 105 Ziff. 6 ZGB – der vom entsprechenden Autor hier materiell dem IPRG zugerechnet wird – gebiete solches nicht, sondern unterstreiche vielmehr, dass der Bestand der Ehe (sprich: deren Anerkennung in der Schweiz) durchaus im Interesse des minderjährigen Ehegatten liegen könne (vgl. Art. 45 N 25 Basler Kommentar zum IPRG). Die Formulierung, wonach Art. 105 Ziff. 6 ZGB materiell dem IPRG zugerechnet werden müsse, lässt den Schluss zu, dass das ordentliche Verfahren eigentlich immer über die Anerkennung durch die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen abgewickelt werden müsste und die Ungültigkeitsklage somit gar nicht erforderlich wäre. Als Vorteil einer Ungültigerklärung kann immerhin angesehen werden, dass dort – im Gegensatz zu einer blossen Nichtanerkennung – sinngemäss die Regeln der Scheidung zur Anwendung kommen und die Nebenfolgen einer Scheidung zu regeln sind. Es bleibt unklar, was das Gericht für ungültig erklären muss.

Im Bericht wird ausserdem festgehalten, dass sich ein Eheungültigkeitsverfahren sinngemäss nach den Vorschriften über die Scheidungsklage (Art. 294 ZPO) richtet. Dabei sollte auch Art. 45a IPRG Erwähnung finden, der hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit einschlägig ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : zz@bj.admin.ch

Fribourg, le 12 octobre 2021

Révision du code civil (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur) : - procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance de votre courrier du 30 juin 2021 ouvrant consultation relative à la révision du code civil (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur).

Le gouvernement fribourgeois salue les modifications législatives proposées par le Conseil fédéral. Elles vont non seulement dans le sens d'une meilleure protection de l'enfant et du jeune mais aussi du respect de ses droits.

Le projet de loi dispose désormais explicitement que c'est l'âge au moment du mariage qui est déterminant. Cette précision nous paraît judicieuse et permet d'éviter que la durée de la procédure d'annulation du mariage puisse influencer sur la réparation. Ainsi, les incertitudes qui vont avec la procédure actuelle (notamment pour les personnes mariées à l'âge de 17 ans) sont levées.

Nous soutenons la possibilité de réparer le vice entachant le mariage avec un mineur lorsque ce dernier atteint l'âge de 25 ans et non l'âge de 18 ans comme le prévoit le droit actuel. Les arguments du Conseil fédéral sont convaincants. Il s'agit en particulier du temps de réflexion laissé à l'époux fortement influencé par une culture et/ou des proches pour prendre confiance et s'opposer à une union qui ne reflète pas sa volonté. Il s'agit également du temps laissé à disposition de l'autorité pour intenter l'action en annulation du mariage et éviter que la personne concernée ne doive agir seule.

Nous adhérons pleinement au choix du Conseil fédéral de maintenir le droit actuel et de permettre au juge de renoncer à prononcer l'annulation du mariage lorsque la poursuite de l'union est dans l'intérêt du mineur. Quand bien même cette pesée des intérêts semble faire l'objet d'intenses débats, nous sommes cependant d'avis que l'examen du bien du jeune (qui correspond matériellement à son intérêt supérieur comme l'a rappelé le Conseil fédéral et qui est une considération primordiale de la Convention des droits de l'enfant, CDE) ne peut être respecté sans examen du cas concret.

Or, cet intérêt supérieur ne peut être établi qu'en accordant au jeune la possibilité de s'exprimer librement. Les époux se trouvant souvent dans un rapport de dépendance et de conflit de loyauté vis-à-vis de leurs familles respectives, voire de leur communauté, il paraît judicieux que le tribunal civil garde la compétence exclusive de peser les intérêts au maintien de l'union. A cet effet, il est extrêmement important que des programmes d'information destinés aux tribunaux civils et aux personnes chargées de mener les auditions sur le terrain soient effectivement développés.

Comme l'a rappelé le Conseil fédéral, cette pesée des intérêts doit rester l'exception car il faut toujours partir de l'idée que le maintien du mariage n'est pas dans l'intérêt du mineur. Et en cas de doute, le mariage doit être déclaré nul. Par ailleurs, si la pesée des intérêts doit également être maintenue en raison du principe de proportionnalité inscrit dans la Constitution, l'Etat se doit toutefois de donner un signal fort à l'occasion de la demande de la nationalité suisse, en considérant le mariage avec un-e mineur-e ou " de force " comme un manquement aux critères généraux d'intégration posés la loi sur la nationalité suisse.

Dans la pratique, le mariage de mineurs est souvent constaté après des années, lors de l'enregistrement d'une naissance. Si l'épouse avait moins de 15 ans au moment du mariage, celui-ci n'est pas reconnu. Par contre, si le couple vit en Suisse depuis quelques années et a déjà plusieurs enfants communs, le mariage n'est pas dénoncé, mais l'épouse doit se déterminer sur le maintien ou non de l'union. A relever qu'il s'agit très souvent de personnes ayant le statut de réfugiées reconnues et l'état civil ignore si les autorités migratoires ont examiné cette question lors de la procédure d'asile. A cet égard justement, nous relevons que ces autorités " reconnaissent " souvent les mariages sur la base de simples déclarations survenues lors de l'enregistrement de la demande d'asile. Or, cette autorité n'a pas la compétence d'une autorité de l'état civil à même d'examiner si les conditions étaient réunies au moment où le mariage a été contracté à la lumière du droit suisse. Une telle " reconnaissance d'un mariage " par les autorités migratoires ne doit et devra ainsi en aucun cas être perçue comme une reconnaissance " formelle " d'un mariage, cette compétence relevant en principe de la compétence des autorités de l'état civil.

Le passage à 25 ans pour la réparation du vice ne devrait en principe pas entraîner une augmentation des cas et une charge de travail supplémentaire pour les institutions. Dans le canton de Fribourg, cette constellation reste relativement rare (moins d'un cas par année) et cette problématique est traitée essentiellement par les autorités migratoires lors des demandes d'entrée. Néanmoins, il serait tout de même souhaitable d'accorder une attention particulière aux conséquences des mesures proposées sur les réglementations existantes en matière d'asile et de droit des étrangers et étrangères. Les demandes d'asile familial concernant des mineurs mariés ne sont pas traitées, car les procédures sont suspendues jusqu'à la décision des autorités, voire jusqu'à l'entrée en force du jugement si celles-ci intentent une action en justice. Les dispositions en question devraient donc être adaptées dans le sens que ces demandes de regroupement familial ne soient pas suspendues, mais qu'elles soient traitées préalablement. Dans la même optique, la disposition relative à une prolongation du titre de séjour après la dissolution du mariage ou de la famille devrait être complétée afin que les raisons personnelles majeures prennent également en compte le fait que la personne était mineure au moment du mariage.

Enfin, le mariage avec un mineur étant déjà interdit par le droit en vigueur et les modifications proposées allant dans le sens du bien du jeune, l'application immédiate des nouveautés législatives nous semble adéquate.

Tout en vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique



Genève, le 13 octobre 2021

Le Conseil d'Etat

4679-2021

Département fédéral de justice et police
Madame Karin Keller Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : consultation sur la révision du code civil (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous avons bien reçu votre courrier du 30 juin dernier relatif à l'objet susmentionné, lequel a retenu notre meilleure attention.

Nous approuvons pleinement le principe visant à repousser jusqu'à l'âge de 25 ans l'annulation d'office par le juge d'un mariage (ou d'un partenariat) célébré à l'étranger avec un mineur.

Nous saluons également la rédaction d'une norme distincte relative à l'annulation du mariage, en raison de la minorité d'un époux précisant explicitement que l'âge déterminant est l'âge au moment de la célébration du mariage et que seul le juge pourra, au cas par cas et après une pesée des intérêts, renoncer à annuler l'union lorsque l'intérêt de la personne mineure le requiert.

Toutefois, nous nous étonnons que la loi sur le droit international public (LDIP) ne soit pas mentionnée dans le projet, alors qu'elle traite de la question de la reconnaissance du mariage valablement célébré à l'étranger (art. 45 LDIP). Nous estimons qu'elle devrait être modifiée, pour prévoir que le juge civil doit se prononcer sur la validité du mariage valablement célébré à l'étranger lorsque l'un des conjoints est mineur.

De plus, étant donné la volonté du Conseil fédéral de dénoncer systématiquement aux tribunaux les mariages de mineurs et qu'à l'avenir, la règle sera l'annulation et le maintien du mariage l'exception, ne devrait-on pas considérer un tel mariage comme manifestement contraire à l'ordre public suisse et d'office non reconnaissable, sauf en cas de maintien de l'union par le juge ?

A cet égard nous relevons qu'il serait également nécessaire que les personnes concernées puissent bénéficier de conseils avant et après ces processus, afin de leur expliquer les conséquences d'une annulation, et afin de les soutenir et les accompagner une fois l'annulation prononcée. Ce n'est qu'ainsi que les mesures proposées pourront entraîner des effets positifs pour les femmes et les jeunes filles concernées.

Par ailleurs, le projet suscite quelques autres interrogations.

Genève étant un canton frontalier, les officiers de l'état civil genevois enregistrent régulièrement des faits d'état civil concernant des personnes étrangères domiciliées à l'étranger. Dans le cas d'une naissance, si les parents, âgés de moins de 25 ans, présentent un acte de mariage laissant apparaître que l'un des conjoints était mineur au moment du mariage, quelle devra être la position des autorités de l'état civil ? L'union devra-t-elle être refusée ou reconnue vu l'absence de liens avec la Suisse (nationalité, domicile) ?

En droit des étrangers, avec le nouveau droit, l'épouse ou l'époux qui s'est marié pendant sa minorité pourra demander l'annulation du mariage pendant 7 ans, soit jusqu'à ses 25 ans. Par conséquent, si l'annulation du mariage est prononcée, l'art. 50 de la loi sur les étrangers et sur l'intégration (LEI) portant sur la poursuite du séjour après séparation ne sera pas applicable et la personne devra être considérée comme non liée par un mariage. Cela engendrera nécessairement des demandes de régularisations pour cas de rigueur, selon la durée de séjour des conjoints sur le territoire suisse avant cette annulation.

De plus, si la personne mineure au moment du mariage a bénéficié du regroupement familial, nous pouvons nous demander si elle se lancera dans une procédure d'annulation de son mariage si elle a pour conséquence la perte de son titre de séjour en Suisse et son renvoi hors de Suisse.

D'un point de vue plus technique, nous nous interrogeons aussi sur le fait de savoir s'il faudra révoquer, respectivement annuler le permis pour regroupement familial a posteriori et selon quelle base légale (art. 33 al. 2 LEI a contrario, art. 62 al. 1 let. d LEI ou art. 51 al. 1 let. a et al. 2 let. a LEI), étant entendu que l'annulation du mariage revient à dire que le mariage n'a jamais existé. Une autre hypothèse serait de n'examiner que les conditions de séjour dès l'annulation du mariage (au regard de l'art. 30 al. 1 let. b LEI).

Nous nous interrogeons également quant à savoir s'il faudra dans chaque cas attendre de connaître l'issue de la procédure d'annulation de mariage pour pouvoir statuer sur les conditions de séjour. Nous nous questionnons sur le temps que peut prendre une procédure d'annulation de mariage et les effets en terme de délais de traitement et prestations annexes (demandes d'attestations et de visas de retour).

Nous estimons qu'il sera sans doute fort utile que des directives fédérales tant en matière de droit des étrangers qu'en matière d'état civil précisent clairement les effets de cette modification et la marche à suivre.

Vous remerciant d'avoir consulté notre Conseil, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

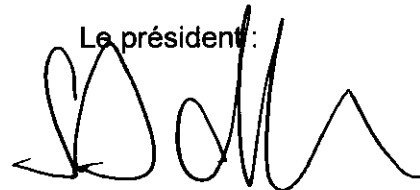
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière:



Michèle Righetti

Le président:



Serge Dal Busco

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement
3003 Bern

Glarus, 26. Oktober 2021
Unsere Ref: 2021-164

**Vernehmlassung zur Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjäh-
rigenheiraten)**

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

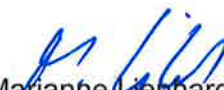
Es ist fraglich, ob die vorgeschlagene Regelung wesentlich zur Verhinderung von Minderjähri-
gengenehen beiträgt. Dies insbesondere angesichts des bürokratischen Aufwands für die zu-
ständige Behörde bei gleichzeitig grundsätzlich fehlenden Aussichten auf Erfolg. Gemäss ak-
tuellem Entwurf wären diese verpflichtet, eine Klage einzureichen. Letztere wäre jedoch ab-
zuweisen, wenn die bei Eheschliessung minderjährige Person anzeigt, aus freiem Willen die
Ehe fortführen zu wollen. Es ist deshalb angesichts der bestehenden Praxis zu Art. 105 Ziff.
6 ZGB davon auszugehen, dass eine grosse Mehrheit der Klagen abgewiesen wird. Neben
diesem Prozessrisiko hätte die neue Bestimmung für die Kantone auch Mehrkosten bei den
Gerichtsgebühren und für die Übernahme von Parteientschädigungen zur Folge. Ausserdem
hätte der Staat in jedem Fall mit Auslagen für die den beklagten Personen gewährte, unent-
geltliche Prozessführung zu rechnen.

Als angemessener erweist es sich die Problemstellung über eine Revision des Internationa-
len Privatrechts (IPRG) anzugehen. Dabei sollte gesetzlich vorgesehen werden, dass Min-
derjähri-
gengenehen mit Bezug zur Schweiz (Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit eines der Braut-
leute) generell die hiesige Anerkennung zu versagen ist. Einzig Ehen von Personen, die als
Minderjährige ohne Bezug zur Schweiz geheiratet haben und nach ihrer Volljährigkeit freiwil-
lig der Eintragung zustimmen, dürften noch anerkannt werden. Damit wäre ebenfalls das
Vorliegen einer Zwangsheirat zu prüfen. Weiter ist es wünschenswert, eine Strafbestimmung
oder zumindest eine Strafbestimmung bei religiösen Minderjähri-
gengenehen einzuführen, wel-
che die Verletzung des Primates der Ziviltrauung mit Busse bestraft. Dies entspräche einem
klaren Zeichen, solche Eheschliessungen gesellschaftlich nicht zu tolerieren.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

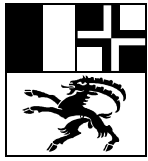
Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Marianne Lienhard
Landammann


Magnus Oeschger
Ratsschreiber-Stv.

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- zz@bj.admin.ch



Sitzung vom

18. Oktober 2021

Mitgeteilt den

18. Oktober 2021

Protokoll Nr.

913/2021

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an:

zz@bj.admin.ch

Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den geplanten Gesetzesänderungen danken wir Ihnen bestens.

Die Regierung begrüsst die Zielsetzung der Vorlage, verstärkte Massnahmen gegen Minderjährigenehen zu treffen, insbesondere begrüsst sie die Verlängerung der Heilungsfrist für die Ungültigkeitserklärung von Minderjährigenheiraten auf das 25. Altersjahr, damit die Betroffenen eine längere Frist erhalten, um die Eheungültigkeit zu beantragen.

Im erläuternden Bericht wird zu Recht und wiederholt auf den Umstand hingewiesen, dass sich die Problematik der Minderjährigenheiraten fast ausschliesslich im Kontext des Internationalen Privatrechts (IPRG) stellt. Wir erachten es deshalb als zielführender, die Problemstellung über eine Revision des IPRG anzugehen. Im Weiteren schliessen wir uns den Ausführungen der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vom 2. September 2021 an.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police (DFJP)
A l'att. de Madame la Conseillère fédérale
Karine Keller-Sutter
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par email à : zz@bj.admin.ch

Delémont, le 26 octobre 2021

**Révision du code civil (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur) :
ouverture de la consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura a pris connaissance de votre courrier du 30 juin 2021 relatif à l'objet cité en titre. Il vous remercie de l'avoir consulté.

Le Gouvernement partage la préoccupation du Conseil fédéral consistant à lutter contre les mariages avec un(e) mineur(e) et à soutenir de manière idoine les personnes touchées.

Bien qu'il soit interdit pour un(e) mineur(e) de contracter mariage en Suisse, la question de la lutte contre un mariage avec une personne mineure se pose néanmoins pour les mariages conclus à l'étranger. Selon la réglementation actuelle, le mariage doit être annulé lorsque l'un des époux était mineur. Il s'ensuit que l'annulation du mariage n'est en l'état plus possible lorsque l'époux ou l'épouse concerné(e) atteint l'âge de la majorité, le vice étant légalement considéré comme étant réparé. Le projet de révision du code civil a principalement pour objet de prolonger, jusqu'à ce que l'intéressé(e) ait atteint l'âge de 25 ans, le délai au cours duquel l'annulation du mariage peut être requis.

Avec le Conseil fédéral, le Gouvernement considère que le fait d'accorder ce délai supplémentaire pour agir en annulation du mariage constitue une mesure propre à empêcher les mariages avec une personne mineure. Le critère de l'âge étant un élément objectif, l'élargissement de la période durant laquelle il est possible de se prévaloir de l'âge devrait permettre à des personnes mariées de force d'obtenir sur cette base l'annulation du mariage, étant précisé que l'apport de la preuve de la contrainte étant quant à lui plus compliqué. Aussi, considérant que le projet mis en consultation élargira les moyens de lutte contre les mariages avec une personne mineure, respectivement de lutte contre les mariages forcés, le Gouvernement adhère en son principe à celui-ci.

Cela étant, si le Gouvernement salue la volonté du Conseil fédéral de prendre des mesures supplémentaires afin d'empêcher les mariages avec des personnes mineures, il souligne néanmoins l'opacité qui entoure les coûts liés à la charge de travail pour les autorités habilitées à intenter l'action en annulation, soit les communes pour la République et Canton du Jura, respectivement pour les tribunaux qui devront le cas échéant statuer. En effet, il est en l'état difficile de chiffrer précisément les coûts effectifs qu'implique la révision partielle du code civil mise en consultation. Le Gouvernement aurait trouvé opportun de disposer d'éléments concrets lui permettant de déterminer de manière plus circonstanciée les charges financières engendrées par ladite révision.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz

per E-Mail:
zz@bj.admin.ch

Luzern, 19. Oktober 2021

Protokoll-Nr.: 1208

**Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigen-
heiraten)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 haben Sie uns Gelegenheit gegeben, zu oben erwähnter Änderung des Zivilgesetzbuchs Stellung zu nehmen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir folgende Bemerkungen dazu haben:

I. Allgemeines

Das Ziel, Minderjährigenehen zu verhindern, erachten wir als wichtig. Aus der Vorlage des Bundes zeigt sich, dass die bisherigen Bemühungen und Regelungen nicht dazu geführt haben, dass dieses Ziel erreicht wurde. Der Klageprozess ist aufwändig, belastend für die Betroffenen und resultiert mehrheitlich in der Abweisung der Klage. Inzwischen werden die Vorschriften durch die Beteiligten offenbar umgangen, indem die Minderjährigenehen in der Schweiz erst gemeldet werden, wenn die Eheleute volljährig sind. Darauf weist die Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) in ihrer Vernehmlassung hin.

Aufgrund der der Auswertung der Anzahl im Kanton Luzern beurkundeten Minderjährigenehen für die Jahre 2015 – 2020 ist ersichtlich, dass Minderjährigenehen tatsächlich erst sehr spät bekannt werden. Insofern ist zweifelhaft, ob die Lösung des Bundes grosse Wirkungen entfalten kann.

Die KAZ stellt dem Vorschlag des Bundes einen anderen Regelungsansatz gegenüber. Wir erachten keinen der beiden Vorschläge als zielführend, wobei uns der Ansatz der KAZ geeigneter erscheint als derjenige des Bundes, um Minderjährigenehen einzudämmen. Wir schlagen daher eine Variante des KAZ-Vorschlages vor.

II. Zur Problematik der Anerkennung von Minderjährigenheiraten

1. Wir schliessen uns dem Vorschlag der KAZ an, die Problematik der Minderjährigenehen nicht über das ZGB, sondern über das Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (SR 291; IPRG) zu lösen. Da Minderjährigenehen in der Schweiz nicht gültig geschlossen werden können, handelt es sich bei den vorliegend zur Diskussion stehenden Minderjährigenehen ausschliesslich um solche, die im Ausland geschlossen wurden. Es sind immer Fälle mit Auslandsbezug. In der Schweiz ist jeweils (vorfrageweise) zu prüfen, ob diese Ehe auch anerkannt werden kann (z.B. beim Familiennachzug). Eine Regelung im IPRG statt wie vorgesehen im ZGB ist daher sinnvoll.

2. Die vorgeschlagene Regelung der KAZ führt zu einer Gleichbehandlung aller Fälle mit Schweizer Bezug (Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit Schweiz), unabhängig davon, ob die Ehe im In- oder im Ausland geschlossen wurde. Die Minderjährigenehe wird nicht anerkannt, Umgehungen sind nicht mehr möglich. In all diesen Fällen kann eine Ehe erst rechtsgültig geschlossen werden, wenn beide Brautleute volljährig sind. Mit dieser Regelung sollten aus unserer Sicht bereits viele Fälle von Minderjährigenehen verhindert werden können. Wir unterstützen diese Regelung vollumfänglich.

3. Bei Fällen, die keinen Bezug zur Schweiz aufweisen, schlägt die KAZ im Sinne einer Ausnahmeregel vor, dass eine Eheschliessung von Minderjährigen anerkannt wird, wenn sie der Ehe nach Eintritt der Volljährigkeit zustimmen. Dies soll für ausländische Personen gelten, die im Zeitpunkt der Eheschliessung im Ausland gelebt haben und erst danach in die Schweiz kommen (z.B. Flüchtlinge). Diese Regelung führt aus unserer Sicht zu schwierigen Rückabwicklungsfragen:

a) Die Ehe würde sich in einem Schwebezustand befinden, bis klar ist, ob die bei der Heirat minderjährige Person dieser auch zustimmt. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Regelung, einer Eheschliessung nach Vollendung des 18. Altersjahres durch Anerkennung zuzustimmen, allen bekannt sein wird, gerade auch wenn Personen erst später in die Schweiz ziehen. Die Zustimmung würde daher oft erst in dem Zeitpunkt erfolgen, in dem ein Zivilstandsereignis eintritt (Geburt eines Kindes, Todesfall, etc.). In diesen Situationen wäre vorab zu klären, ob die Person gültig verheiratet ist. Wie sich aus der Statistik des Kantons Luzern für die Jahre 2015-2020 ergibt, wird eine solche Ehe in der Regel erst sehr spät gemeldet bzw. bekannt. Die betroffenen Personen waren im Zeitpunkt der Meldung nie unter 18 Jahre alt gewesen. Nur ein kleiner Teil war unter 25 Jahre alt. Die meisten waren wesentlich älter.

b) Wird die Minderjährigenehe erst im Zeitpunkt des Todes einer Person festgestellt, kann die verstorbene Person nicht mehr ihre Zustimmung erklären. Die Frage ist, wie damit umgegangen werden soll.

c) Wird die Ehe mit der Erklärung ex tunc als gültige Ehe anerkannt, dann gelten die Eheleute rückwirkend als verheiratet. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden sie aber – zumindest zivilstandsrechtlich – als ledig behandelt. Alle Ereignisse, die sie vor der Erklärung hatten, erlebten sie daher als Ledige. So muss der Vater ein allfälliges gemeinsames Kind anerkennen, da die Ehelichkeitsvermutung nicht zählt. Gewisse Namensführungen sind nicht möglich, etc. All diese Ereignisse müssten dann im Zivilstandsregister angepasst werden, da die betroffenen Personen nun rückwirkend als Ehepaar gelten. Das führt zumindest bei den Zivilstandsämtern zu einem beträchtlichen Mehraufwand. Allenfalls müssten auch andere Behörden (Steuern, Sozialversicherungen, Teilungsbehörden etc.) Verfahren rückabwickeln, da sie die Betroffenen als "ledig" behandelt haben.

d) Würde die Ehwirkung ex nunc ab dem Zeitpunkt der Zustimmung gelten, so ist zu berücksichtigen, dass die Möglichkeit der Zustimmung vielen nicht bekannt sein dürfte, gerade, wenn sie erst nach dem 18. Altersjahr (oder noch viel später) in die Schweiz kommen. Sie würden die Erklärung also erst abgeben, wenn Veranlassung dazu besteht (z.B. bei der Geburt eines Kindes). Davor haben sie allenfalls schon zahlreiche Ereignisse im Ausland (und allenfalls im Inland, wenn der Zeitpunkt der Eheschliessung nicht geprüft wurde wie z.B. bei einem Erbfall) als "verheiratet" gehabt (Geburt früherer Kinder, Scheidung, Erbfall, etc.). Hier stellt sich auch die Frage, wie dies rückwirkend zu betrachten ist.

III. Änderungsvorschläge

Der Lösungsvorschlag der KAZ befriedigt nicht ganz und bringt viele praktische Abwicklungsfragen mit sich. Stattdessen soll die von ausländischen Personen im Ausland gültig geschlossene Ehe (ohne Bezug zur Schweiz) anerkannt werden, sofern sie nicht gegen den ordre public verstösst (vgl. dazu Art. 27 Abs. 1 IPRG). Diese Lösung entspricht dem allgemeinen Vorgehen im IPRG, auch im Zusammenhang mit anderen gültig im Ausland geschlossenen besonderen Eheformen wie Bigamie, Ehe auf Zeit, Stellvertreterehen usw. Mit der Prüfung des ordre public besteht die Möglichkeit, sachgerechte Lösungen zu finden.

Es ist uns bewusst, dass dieses Vorgehen – wie bereits bisher in den gerichtlichen Verfahren zur Ungültigerklärung einer Ehe nach ZGB – in den meisten Fällen dazu führen wird, dass eine Minderjährigenheirat anerkannt wird. Es wird aber nur noch in reinen Auslandsfällen möglich sein, in denen die Heirat nicht unserer Rechtshoheit unterstand. Wir beantragen deshalb

- Artikel 105a Absatz 2 VE-ZGB zu streichen,
- Artikel 9a VE-PartG zu streichen,
- einen neuen Artikel 45 Absatz 2^{bis} im IPRG einzufügen:
«War zum Zeitpunkt der Eheschliessung die Braut oder der Bräutigam minderjährig, wird eine Ehe nur anerkannt, wenn weder die Braut noch der Bräutigam zum Zeitpunkt der Eheschliessung das Schweizer Bürgerrecht besessen haben oder einen Wohnsitz in der Schweiz hatten.»

IV. Bei Festhalten an den Änderungsentwürfen ZGB und PartG

Für den Fall, dass an den vorgesehenen ZGB- und PartG-Änderungen festgehalten werden sollte, haben wir folgende Bemerkungen:

a) Zum materiellen Recht

Nicht jede Minderjährigenheirat wird unter Zwang geschlossen. Allerdings sind eine grosse Altersdifferenz oder ein hoher Migrationsdruck Indizien dafür. In den Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf steht, dass der Druck auf die zwei Ehepartner vor und nach der Heirat gross ist. Dieser Druck von Verwandtschaft und Netzwerk wird nicht kleiner, wenn die Personen 18-jährig geworden sind. Entsprechend wahrscheinlich ist, dass eine Person, die unter Zwang geheiratet hat, auch nach dem Erreichen des 18. Lebensjahres kaum erklären wird, die Heirat sei unter Zwang geschehen.

Deshalb könnten wir uns zur vorgeschlagenen Regelung ergänzende Kriterien vorstellen. Bei bestimmten Voraussetzungen sollen die Verheirateten glaubhaft machen müssen, dass ihre Beziehung schon länger besteht und gelebt wird. Andernfalls wird die Ehe für ungültig erklärt. Als Kriterien kämen beispielsweise einerseits mehr als 10 Jahre Altersdifferenz zwischen den Ehepartnern in Frage und andererseits der Migrationsdruck im Heimatland des einen Ehepartners.

b) Zum prozessualen Recht

Das Eheungültigkeitsverfahren richtet sich sinngemäss nach den Vorschriften über die Scheidungsklage (Art. 294 der Schweizerischen Zivilprozessordnung; ZPO). Diese sieht in Artikel 291 ZPO eine Einigungsverhandlung zwischen den Ehegatten vor. Im erläuternden Bericht wird festgehalten, dass eine solche Einigungsverhandlung gerade bei Eheungültigkeitsverfahren zufolge Minderjährigkeit in den meisten Fällen keinen Sinn macht, da die Parteien sich nicht über die Ungültigkeit einigen können – das Gericht muss das Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen von Amtes wegen prüfen (Art. 277 Abs. 3 ZPO). Eine gesetzliche Anpassung erachtet der Gesetzgeber dennoch nicht für notwendig, da die Bestimmungen zum Scheidungsverfahren nur sinngemäss anzuwenden sind und somit ein Verzicht auf die Einigungsverhandlung bereits nach geltender ZPO grundsätzlich möglich ist. Wir regen jedoch an, in der ZPO explizit auszuführen, dass ein Einigungsversuch entfallen und das Verfahren direkt mit einer Klage gemäss Artikel 290 ZPO anhängig gemacht werden kann.

Wichtig in solchen Verfahren wäre zudem, der minderjährigen Partei zwingend eine Kindesvertretung im Sinne von Artikel 299 ZPO zuzuweisen, da eine Vertretung durch die Eltern problematisch sein dürfte.

Freundliche Grüsse



Paul Winiker
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3001 Berne

Procédure de consultation - Révision du code civil (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur)

Madame la conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous avoir associés à la consultation susmentionnée.

Le Conseil d'État est favorable à la mise en œuvre de mesures plus strictes permettant de lutter efficacement contre les mariages avec un mineur et salue la volonté du Conseil fédéral d'œuvrer dans ce sens.

Il constate toutefois que les modifications proposées ne permettront vraisemblablement pas d'atteindre l'objectif fixé, à savoir empêcher dans la mesure du possible les mariages avec un mineur et apporter un soutien efficace aux mineurs concernés.

La prolongation du délai au cours duquel l'annulation du mariage peut être demandée, passant de 18 ans à 25 ans, nous apparaît être, en soi, une mesure pertinente. Elle permet de garantir la sécurité du droit tout en donnant plus de temps aux personnes concernées pour réagir.

Il faut toutefois se rendre à l'évidence et admettre qu'avec la pression subie, il y a fort à craindre que, même à 25 ans, la majeure partie des personnes mariées pendant leur minorité et devenues majeures n'auront pas la possibilité de faire autrement que de déclarer « de leur plein gré » vouloir poursuivre le mariage. La très grande majorité des actions intentées d'office sera ainsi rejetées faute de pouvoir établir la pression subie.

S'agissant des personnes encore mineures au moment de l'ouverture de l'action en annulation et de la pesée des intérêts qui doit être faite par les tribunaux, le Conseil d'État constate, qu'à sa connaissance, seule une infime partie des procédures se termine par une annulation de mariage. Il y a fort à craindre que la pratique actuelle des tribunaux soit maintenue, de sorte que la grande majorité des actions intentées d'office dans ces situations sera rejetée au profit d'intérêts à poursuivre le mariage.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'État estime que le projet mis en consultation ne permet pas de parvenir à l'objectif fixé et ne transmet pas un message suffisamment clair quant au refus de la Suisse de reconnaître les mariages avec des mineurs. La prolongation du délai de réparation à 25 ans aura finalement pour effet de multiplier les procédures, sans que le système ne permette concrètement aux tribunaux de réaliser l'objectif de la législation.

Au surplus, les actions en annulation impliqueront des frais pour les autorités chargées de les intenter ainsi que pour l'État, par l'assistance judiciaire gratuite octroyée aux défendeurs.

Veuillez croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 27 septembre 2021

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancelière,
S. DESPLAND



[Handwritten signature of L. Favre]

[Handwritten signature of S. Despland]



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

dCH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 26. Oktober 2021

Justiz- und Sicherheitsdirektion. Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten). Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) unter anderem bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten).

Der Regierungsrat begrüsst die grundsätzliche Zielsetzung der Vorlage, verstärkte Massnahmen gegen Minderjährigenehen zu treffen und gleichzeitig die aus unserer Sicht zentrale Interessenabwägung beizubehalten. Die Verlängerung der Heilungsfrist für die Ungültigkeitserklärung von Minderjährigenehen auf das 25. Altersjahr erachten wir aus diesem Grund als angemessen. Damit erhalten Betroffene eine längere Frist, um die Eheungültigkeit zu beantragen. Gleichzeitig gewährt dies älteren Personen, die sich vor dem 18. Altersjahr vermählt haben, eine Rechtssicherheit und sichert diesen zu, dass die Ehebindung nicht noch zu einem späteren Zeitpunkt für ungültig erklärt werden könnte.

Wir teilen aber die Vorbehalte, welche bereits die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) in ihrer Stellungnahme vom 29. September 2021 angemerkt hat. Es ist zu bezweifeln, ob die vorgelegte Regelung wesentlich zur Verhinderung von Minderjährigenehen beitragen kann. Dies insbesondere angesichts des bürokratischen Aufwands für die zuständige Klagebehörde bei gleichzeitig grundsätzlich fehlenden Aussichten auf Erfolg. Gemäss aktuellem Entwurf wären die Behörden verpflichtet, eine Klage einzureichen. Letztere wäre jedoch abzuweisen, wenn die bei Eheschliessung minderjährige Person anzeigt, aus freiem Willen die Ehe fortführen zu wollen. Es ist deshalb auch angesichts der bestehenden Praxis zu Art. 105 Ziff. 6 ZGB davon auszugehen, dass eine grosse Mehrheit der Klagen abgewiesen wird.

Neben diesem Prozessrisiko ist davon auszugehen, dass die neue Bestimmung für die Kantone Mehrkosten bei den Gerichtsgebühren und für die Übernahme von Parteientschädigungen zur Folge hätte. Ausserdem hätte der Staat in jedem Fall mit Auslagen für die den beklagten Personen gewährte, unentgeltliche Prozessführung zu rechnen.

Im erläuternden Bericht wird zu Recht und wiederholt auf den Umstand hingewiesen, dass sich die Problematik der Minderjährigenheiraten fast ausschliesslich im Kontext des Internationalen Privatrechts (IPRG) stellt. Wir erachten es deshalb als angemessener die Problemstellung über eine Revision des IPRG anzugehen. Dabei würde gesetzlich vorgesehen, dass Minderjährigenehen mit Bezug zur Schweiz (Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit eines der Brautleute) generell die hiesige Anerkennung zu versagen ist. Einzig Ehen von Personen, die als Minderjährige ohne Bezug zur Schweiz geheiratet haben und nach ihrer Volljährigkeit freiwillig der Eintragung zustimmen, sollten anerkannt werden. Diese Lösung würde zu einer Konkretisierung und Verschärfung des bestehenden Art. 45 Abs. 2 IPRG betreffend den Eheungültigkeitsgrund der Minderjährigkeit darstellen. Dies wäre ein klares Zeichen der Schweiz, solche Eheschliessungen von Vornherein nicht zu tolerieren.

Abschliessend weisen wir darauf hin, dass die kantonalen Behörden wiederholt mit Fällen konfrontiert sind, die unter Verletzung des Primats der Ziviltrauung erfolgen. Bis Ende des Jahres 1999 wurde die Verletzung des Primates der Ziviltrauung mit Busse bestraft. Danach wurde diese Bestimmung aus dem Zivilgesetzbuch gestrichen. Es wäre deshalb wünschenswert, eine solche Strafbestimmung oder zumindest eine Strafbestimmung bei religiösen Minderjährigenehen wieder einzuführen. Auch damit würde man ein klares Zeichen setzen, dass solche rechtlich folgenlosen Ehen in der Schweiz gesellschaftlich nicht akzeptiert werden.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er unterstützt die grundsätzliche Zielsetzung der Vorlage, verstärkte Massnahmen gegen Minderjährigenehen zu treffen. Er steht aber den konkreten Anpassungen kritisch gegenüber und erachtet diese im Vergleich zu den zeitlichen, personellen und finanziellen Aufwendungen, die auf die Kantone zukämen, als zu wenig zielführend.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Karin Kayser-Frutschi
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- zz@bj.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

zz@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4144
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 22. Oktober 2021

**Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten);
Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin ,
Sehr geehrte Damen und Herren

geschätzte Karin

Für die Gelegenheit der Stellungnahme zur Revision des Zivilgesetzbuchs bezüglich Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten danken wir Ihnen.

Grundsätzlich unterstützen wir die Bestrebungen, Minderjährigenheiraten inklusive Zwangsheiraten stärker zu bekämpfen. Dazu ist allerdings zu sagen, dass das Problem der Minderjährigenehe im Kanton Obwalden – aus Sicht der Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst – praktisch nicht bekannt ist. Seit 2015 gab es nur 1 Fall, bei dem eine Minderjährigenehe anerkannt wurde, allerdings lediglich in Zusammenhang mit der Eintragung einer Geburt eines Kindes. Sonst sind aus dem Zivilstandsregister für den Kanton Obwalden keinerlei andere Fälle ersichtlich, in denen Personen im Zeitpunkt der Ehe minderjährig waren.

Eine Minderjährigenehe kann in der Schweiz nicht abgeschlossen werden, da dies unzulässig ist. Minderjährige Personen, die verheiratet werden sollen, müssen sich daher für dieses Ereignis ins Ausland begeben (Umgehung; vgl. Art. 45 Abs. 2 IPRG). Damit solchermassen verheiratete Personen auch in der Schweiz als Ehepaar gelten, muss die ausländische Ehe nachträglich von der kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandsdienst anerkannt werden. Insoweit geht es vor allem um die Anerkennung eines ausländischen Zivilstandsereignisses. Nach dem bisher Gesagten ergibt sich die Problematik der Minderjährigenheiraten im Wesentlichen im Kontext des internationalen Privatrechts. Für religiöse Minderjährigenehen, die auch in der Schweiz abgeschlossen werden können, soll die Verletzung des Primates der Ziviltrauung mit Busse bestraft werden.

Wir schlagen daher vor, die Lösung über das IPRG zu suchen. Dies entspricht auch der Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vom 2. September 2021. Es ist vorzusehen, dass allen Minderjährigenehen mit Bezug zur Schweiz (Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit eines der Brautleute) generell die Anerkennung durch die kantonalen Aufsichts-

behörden im Zivilstandsdienst zu versagen ist (nicht nur bei nachgewiesener Umgehung der Ungültigkeitsvorschriften, Art. 45 Abs. 2 IPRG). Einzig Ehen von Personen, die als Minderjährige ohne Bezug zur Schweiz geheiratet haben und nach ihrer Volljährigkeit freiwillig der Eintragung zustimmen, würden anerkennbar bleiben. Die Nichtanerkennung würde dazu führen, dass die im Ausland getrauten Personen (wovon mindestens eine Person minderjährig wäre) in der Schweiz nicht als Ehegatten anerkannt würden, mit allen rechtlichen Folgen. Nach Vollendung des 18. Lebensjahres könnten sie dann als Ledige das schweizerische Eheverbereitungsverfahren durchlaufen. In diesem würde auch der freie Wille zur Ehe geprüft, was zusätzlich auch den "Nachvollzug" von Zwangsheiraten in der Schweiz verhindern würde.

Die Verlängerung der Frist des Eheungültigkeitsgrundes bis zum vollendeten 25. Lebensjahr erachten wir aufgrund der schwierigen Umsetzung als nicht zielführend. Der Vorschlag sieht vor, dass die Ungültigkeitsklage wegen Minderjährigkeit abzuweisen wäre, wenn die Ehe im "überwiegenden" Interesse des minderjährigen Ehegatten ist oder dieser bei Volljährigkeit die Ehe beibehalten will. Zudem ist eine zusätzliche Meldepflicht der Migrationsbehörden vorgesehen. Die Meldepflichten der verschiedenen Behörden sollen bewirken, dass vermehrt Ungültigkeitsklagen eingereicht würden. Im Kanton Obwalden sind für die Ungültigkeitsklagen die Einwohnergemeinderäte zuständig (Art. 31 EG ZGB; Art. 6 PartG-OW). Bei Einreichung einer Ungültigkeitsklage wegen Minderjährigenehe ist vorstellbar, dass die betroffenen Personen – z.B. auf Druck des Umfelds und der Verwandtschaft – entweder die tatsächlichen Umstände verschweigen würden oder die Zustimmung zur Ehe im Rahmen der Ungültigkeitsklage abgeben würden. Zurecht führt die KAZ aus, dass angesichts des jugendlichen Alters der Betroffenen und dem vielfach damit einhergehenden familiären Abhängigkeitsverhältnis ein solcher Druck zwar bestehen, jedoch fast nie in einer verwertbaren Form nachzuweisen sein dürfte (ähnlich bei Antragsdelikten innerhalb der Familie). Im Ergebnis würde den Behörden vermehrt eine hochriskante Klagepflicht obliegen, die praktisch selten zu einer Ungültigerklärung einer Ehe führen würde. Daher müssten die Behörden in der Regel die gesamten Kosten inklusive Parteientschädigungen bezahlen. Hinzu käme der Mehraufwand der Gerichte. Sehr komplex dürften die Fälle werden, wenn die Beklagten ihren Wohnsitz im Ausland haben. Ebenso ist mit einem Mehraufwand bei den Meldebehörden, nämlich den Migrations- und Zivilstandsbehörden zu rechnen.

Aus Sicht der KAZ befinden sich die Ehegatten bis zum 25. Altersjahr in einer permanenten Rechtsunsicherheit, da bis zu diesem Zeitpunkt in Bezug auf den Ungültigkeitsgrund der Minderjährigenehe jedermann eine Klage einreichen könnte (in Bezug auf die Zwangsheirat während der ganzen Ehedauer). Dem ist zuzustimmen. Allerdings besteht auch in Bezug auf die Lösung der KAZ eine rechtlich zweigeteilte Situation. In der Schweiz würden die betreffenden Personen als ledig betrachtet, währenddem sie im Ausland je nach dem dort geltendem Recht als verheiratete Personen gelten würden. Diese Differenz ist aber wohl von jenen Personen in Kauf zu nehmen, die einen Bezug zur Schweiz aufweisen (Wohnsitz und/oder Bürgerrecht). Allenfalls kann der Lösungsvorschlag der KAZ diesbezüglich noch etwas verfeinert und mit Ausnahmeregelungen versehen werden. Eine andere Frage betrifft das international geschützte Recht auf Ehe. Mit der Lösung der KAZ würde dieses Recht in der Schweiz für bestimmte Fälle negiert. Grundsätzlich können Grundrechte eingeschränkt werden, wenn bestimmte Voraussetzungen – unter anderem eine gesetzliche Grundlage (hier IPRG) – eingehalten sind. Ob dies vorliegend zutrifft, wäre jedenfalls noch zu prüfen (vgl. dazu auch Bericht, S. 34 f.).

Ebenfalls sind Strafbestimmungen betreffend einen Verstoss gegen den Primat der Ziviltrauung wieder einzuführen. Damit würde ein klares Zeichen gesetzt, dass solche rechtlich folgenlosen Ehen in der Schweiz gesellschaftlich nicht akzeptiert werden.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse


Christoph Amstad
Regierungsrat

Stellungnahme Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst vom 02.09.2021

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Obergerichtspräsident
- Amt für Justiz
- Sozialamt
- Staatskanzlei (Kommunikation)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 22. Oktober 2021

Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 laden Sie die Kantonsregierungen ein, sich bis 29. Oktober 2021 zum Vorentwurf über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Massnahme gegen Minderjährigenheiraten) vernehmen zu lassen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns gern wie folgt.

Die Regierung des Kantons St.Gallen befürwortet im Wesentlichen die Stossrichtung der Vorlage. Die Verbesserung des Schutzes von minderjährig verheirateten Personen ist grundsätzlich zu begrüssen. Die Möglichkeit, dass eine als minderjährig verheiratete Person nach Erreichen der Volljährigkeit an der Ehe festhalten kann, soll jedoch – wie der erläuternde Bericht bereits explizit festhält – die Ausnahme bilden und erst im Einzelfall nach eingehender Prüfung und sorgfältiger Abwägung der Interessen der betroffenen Person in Frage kommen. Unklar erscheint, weshalb die Altersgrenze bei Vollendung des 25. Altersjahrs gezogen werden soll (Art. 105a Abs. 3 E-ZGB). Dies insbesondere mit Blick darauf, dass volljährige Ehegatten die Erklärung gemäss Art. 105a Abs. 2 Ziff. 2 E-ZGB, an der Ehe festhalten zu wollen, abgeben können. Es wird angeregt, diesbezüglich detailliertere Erläuterungen in die Botschaft aufzunehmen. Im Weiteren dürfte z.B. das Datum der Heirat oder der Geburt je nach Rechtskultur nicht immer klar feststehen. In der Praxis sind daher Beweisprobleme zu erwarten. Aus diesem Grund beantragen wir die Aufnahme einer verfahrensrechtlichen Bestimmung mit folgendem Inhalt: Für die Tatsache, dass beide Ehegatten bei der Eheschliessung volljährig waren, ist diejenige Person beweispflichtig, die an der Ehe festhalten will.

Im Übrigen geben die vorgeschlagenen Änderungen zu keinen Bemerkungen Anlass.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.



Im Namen der Regierung


Marc Mächler
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
zz@bj.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail an:
zz@bj.admin.ch

Schaffhausen, 26. Oktober 2021

Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Wir begrüssen die Bestrebung des Bundesrates, verstärkte Massnahmen zur Verhinderung von Minderjährigenheiraten zu treffen und dadurch die Betroffenen in ihrer jeweiligen Situation zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die Prävention zu legen. Angesichts der Intention des Bundesrates erachten wir eine Ausdehnung des zeitlichen Rahmens zur Durchsetzung der Ungültigkeit der Ehe auf das 25. Altersjahr als angemessen, weshalb die vorgesehene Gesetzesänderung befürwortet wird.

Trotz Bedenken, ob durch die Vorlage eine markante Verbesserung der von Minderjährigenheiraten betroffenen Personen erzielt werden kann, liegt es durchaus im Rahmen des Möglichen, dass durch die Verschiebung des Heilungseintritts um sieben Jahre mehr Klagen auf Ungültigkeit eingeleitet und gutgeheissen werden. So ist angesichts des Reifeprozesses der betroffenen Person davon auszugehen, dass sie mit zunehmendem Alter unabhängiger wird und ihrer persönlichen Situation im Klaren ist. Dadurch kann sie auch die Tragweite einer Ungültigerklärung der Minderjährigenehe in ihrer konkreten Konstellation besser abschätzen, wodurch eine seitens der Behörde eingeleitete Klage nicht durch eine allfällige Zustimmung zur Weiterführung der Ehe wieder zu Fall gebracht werden könnte. Auch vor dem Hintergrund, dass der Verzicht auf

die Ungültigerklärung der Ehe gestützt auf die Interessenabwägung nicht den Regelfall, sondern stets eine Ausnahme bilden muss, ist anzunehmen, dass die Gerichte zurückhaltend von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden. Im Übrigen können ein allfällig erhöhter administrativer Aufwand bei den melde- und den klageberechtigten Behörden sowie das Kostenrisiko des Staates im Falle einer Abweisung der Ungültigkeitsklage nicht gegen das Schicksal einer von einer Minderjährigenheirat betroffenen Person aufgewogen werden.

Ob die bisherige Praxis der Gerichte unter dem neuen Gesetzesregime beibehalten wird oder ob tatsächlich der mit der Regelung beabsichtigte Effekt eintritt, wird sich weisen. Eine Verbesserung der Position der von einer Minderjährigenheirat betroffenen Person wird durch die Vorlage jedenfalls erzielt, weshalb der Gesetzesentwurf unterstützt wird.

Da die Problematik der Eheschliessung mit einer minderjährigen Person lediglich noch in Fällen mit Auslandsbezug in Erscheinung tritt, namentlich bei der Anerkennung einer im Ausland geschlossenen Ehe oder im Falle eines migrationsrechtlichen Familiennachzugs, könnte die Intention des Bundesrates – neben der beabsichtigten Änderung des Zivilgesetzbuches – beispielsweise durch die Revision des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG; SR 291) effizienter erreicht werden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es neben der vorgesehenen Revision des Zivilgesetzbuches weiterer Massnahmen bedarf, um eine markante Verbesserung der Situation für die Betroffenen herbeizuführen. Die Vorlage wird – im Sinne eines weiteren Schrittes in die richtige Richtung – unterstützt.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates



Der Präsident:


Walter Vogelsanger

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

25. Oktober 2021

Vernehmlassung zur Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD hat mit Schreiben vom 30. Juni 2021 die Kantonsregierungen zur Änderung im schweizerischen Zivilgesetzbuch betreffend die "Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten" zur Stellungnahme eingeladen. Ihrer Aufforderung kommen wir gerne nach und nehmen zur geplanten Gesetzesanpassung wie folgt Stellung:

Die Absicht des Bundesrates, verstärkte Massnahmen zur Verhinderung von Minderjährigenheiraten zu treffen, begrüssen wir sehr. Allenfalls würde es aber – wie nachfolgend erläutert – einen effektiveren Weg geben, dieses Ziel zu erreichen.

I. Status quo

Die heute geltende Möglichkeit, eine Ehe unter Minderjährigen zu "verhindern", ist über das Klagerecht nach Artikel 105 Ziffer 6 des Zivilgesetzbuches (ZGB) gelöst. Wird eine allfällige Klage vom Gericht gutgeheissen, ist die Minderjährigenehe ungültig, was entsprechend im Zivilstandsregister eingetragen wird. Indirekt wird mit dieser Gesetzessystematik aber auch klar, dass die Ehe gemäss Artikel 45 des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (IPRG, SR 291) – in der Regel – zuerst anerkannt und damit ins Schweizer Zivilstandsregister eingetragen werden muss. Einmal eingetragen, braucht es somit einen besonderen Effort, die Ungültigkeitsklage anzustrengen und damit sinngemäss die früher erfolgte Anerkennung wieder aufzuheben.

Die Klage auf Ungültigerklärung der Ehe (Artikel 105 ff. ZGB) ist mit grossem (prozessualen) Aufwand verbunden. Im Zusammenhang mit dem Schutz von Minderjährigen vor Zwangsheiraten wurde sie mit der Revision des ZGB im Jahre 2013 in Kraft gesetzt. Bis heute ist im Kanton Solothurn keine einzige Anhebung einer solchen Ungültigkeitsklage nach Artikel 105 Ziffer 6 erfolgt, welche zur Aufhebung einer ursprünglichen Minderjährigenehe geführt hätte.

II. Gesetzesentwurf – Ausdehnung der Klagemöglichkeit

Nach dem vorliegenden Vorentwurf zum Zivilgesetzbuch (Art. 105a Abs. 2 ZGB) soll künftig die Klage auf Ungültigkeit bis kurz vor dem 25. Altersjahr noch möglich sein. Dies ändert aber nichts daran, dass nach wie vor ein Rechtsinstitut (Ehe), das zunächst innerstaatlich anerkannt wurde, nachträglich über ein Gerichtsverfahren wieder aufgehoben werden muss. Nach unserer Einschätzung wird sich durch diese Gesetzesänderung betreffend Schutz der Minderjährigen vor der Zwangsheirat nichts verändern.

Die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst erhalten wiederholt Kenntnis von Ehen, welche unter Verletzung des Primats der Ziviltrauung erfolgten. Dies bestätigt sich auch im Austausch mit den Fachstellen Zwangsheirat, deren Anzahl an Beratungen um ein Vielfaches angewachsen ist. Bis zum 31.12.1999 wurde die Verletzung des Primates der Ziviltrauung mit Busse bestraft. Danach wurde diese Bestimmung aus dem Zivilgesetzbuch gestrichen. Es wäre deshalb wünschenswert, eine solche Strafbestimmung oder zumindest eine Strafbestimmung bei innerstaatlichen religiösen Minderjährigenehen wiedereinzuführen. Damit würde ein klares Zeichen gesetzt, dass solche rechtlich folgenlosen Ehen in der Schweiz gesellschaftlich nicht akzeptiert werden.

Es dürfte also im Folgenden darum gehen, griffigere gesetzliche Bestimmungen aufzustellen, bei welchen es nicht zuerst zur Anerkennung einer solchen (unerwünschten) Eheschliessung kommen kann.

III. Fazit und Lösungsvorschlag

Die Eheschliessung in der Schweiz ist nach geltendem Recht erst nach dem Erreichen der Volljährigkeit möglich. Zudem steht die Eheschliessung unter dem besonderen Formerfordernis der öffentlichen Beurkundung. Somit ist es rechtlich ausgeschlossen und faktisch nicht möglich, eine Minderjährigenehe in der Schweiz zu schliessen. Der Fokus zum Schutz der in der Schweiz lebenden Minderjährigen vor einer Zwangsheirat sollte sich somit viel mehr auf die Möglichkeit richten, dass die nicht tolerierte Form der Eheschliessung im Ausland in der Schweiz keine Anerkennung findet. Letztlich gibt es die Thematik bekanntermassen nur deshalb, weil während dem Heimaturlaub junge, in der Schweiz lebende ausländische Staatsangehörige gegen ihren Willen verheiratet werden. Diese Praktiken werden erst unattraktiv werden, wenn klar ist, dass eine solche Eheschliessung in der Schweiz nicht (mehr) anerkannt wird. Klarerweise muss ein Bezug zum Zeitpunkt der Minderjährigenehe zur Schweiz bestehen. Dies wird über den aktuellen Wohnsitz oder die Schweizer Staatsangehörigkeit eines der beiden Brautleute erreicht. Konkret würde dies heissen, dass eine im Ausland geschlossenen Ehe, bei welcher eines der beiden Brautleute unter achtzehn Jahren alt war und a) ein Teil entweder in der Schweiz wohnt oder b) Schweizer Staatsangehöriger ist, nicht anerkannt wird. Es würde also um die Ablehnung einer aktuell geschlossenen Minderjährigenehe gehen. Die nachträgliche Anerkennung einer jahrelang gelebten ausländischen Ehe bei Einreise in die Schweiz müsste hingegen – mit Zustimmung des betroffenen jetzt volljährigen Ehepartners – möglich sein, auch wenn diese damals unter Minderjährigen geschlossen wurde.

Wir beantragen deshalb – anstelle des vorliegenden Vorentwurfs – das Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (IPRG) wie folgt zu ändern bzw. zu ergänzen:

Art. 45 Abs. 2bis IPRG (neu)

War zum Zeitpunkt der Eheschliessung die Braut oder der Bräutigam minderjährig, wird eine Ehe nur anerkannt, wenn

- a) die Braut oder der Bräutigam zum Zeitpunkt der Eheschliessung weder das Schweizer Bürgerrecht besessen haben noch ihren Wohnsitz in der Schweiz hatten; und
- b) der minderjährige Ehegatte nach Vollendung des 18. Altersjahres der Anerkennung der Eheschliessung in der Schweiz zustimmt.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und Berücksichtigung unser Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Susanne Schaffner
Frau Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
zz@bj.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 19. Oktober 2021

Vernehmlassung zu Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Revision des Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten) zur Vernehmlassung bis 29. Oktober 2021 unterbreitet.

Wir teilen Ihnen mit, dass wir uns vollumfänglich der Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vom 2. September 2021 anschliessen.

Zuständige Kontaktperson für Rückfragen: Roman Kistler, Departementssekretär Departement des Innern, roman.kistler@sz.ch, Tel. 041 819 16 01.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 26. Oktober 2021
603

Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB; SR 210) sowie der damit verbundenen Anpassung weiterer Erlasse und teilen Ihnen mit, dass wir die Zielsetzung der Vorlage begrüssen, verstärkte Massnahmen gegen Minderjährigenehen zu treffen und gleichzeitig die aus unserer Sicht zentrale Interessenabwägung beizubehalten. Die Verlängerung der Heilungsfrist für die Ungültigkeitserklärung von Minderjährigenehen auf das 25. Altersjahr erachten wir als angemessen. Damit erhalten Betroffene eine längere Frist, um die Eheungültigkeit zu beantragen. Gleichzeitig gewährt dies älteren Personen, die sich vor dem 18. Altersjahr vermählt haben, eine Rechtssicherheit und sichert diesen zu, dass die Ehebindung nicht noch zu einem späteren Zeitpunkt für ungültig erklärt werden könnte.

Aus unserer Sicht stellt sich jedoch die Frage, ob die vorliegende Regelung wesentlich zur Verhinderung von Minderjährigenehen beiträgt. Diese Frage stellt sich insbesondere angesichts des bürokratischen Aufwands für die zuständige Klagebehörde bei gleichzeitig grundsätzlich fehlenden Aussichten auf Erfolg. Gemäss dem vorliegenden Entwurf wären die Behörden verpflichtet, eine Klage einzureichen. Diese wäre jedoch abzuweisen, wenn die bei Eheschliessung minderjährige Person anzeigt, aus freiem Willen die Ehe fortführen zu wollen. Es ist deshalb auch angesichts der bestehenden Praxis zu Art. 105 Ziff. 6 ZGB davon auszugehen, dass eine grosse Mehrheit der Klagen abgewiesen würde.

Neben diesem Prozessrisiko ist davon auszugehen, dass die neue Bestimmung für die Kantone Mehrkosten bei den Gerichten und für die Übernahme von Parteientschädi-

2/2

gungen zur Folge hätte. Ausserdem hätte der Staat in jedem Fall mit Auslagen für die den beklagten Personen gewährte unentgeltliche Prozessführung zu rechnen.

Im erläuternden Bericht wird zu Recht und wiederholt auf den Umstand hingewiesen, dass sich die Problematik der Minderjährigenheiraten fast ausschliesslich im Kontext mit dem Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (IPRG; SR 291) stellt. Wir erachten es deshalb als angemessener, die Problemstellung über eine Revision des IPRG anzugehen. Dabei würde gesetzlich vorgesehen, dass Minderjährigenehen mit Bezug zur Schweiz (Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit eines der Brautleute) generell die hiesige Anerkennung zu versagen ist. Einzig Ehen von Personen, die als Minderjährige ohne Bezug zur Schweiz geheiratet haben und nach ihrer Volljährigkeit freiwillig der Eintragung zustimmen, könnten anerkannt werden. Den aufgrund des Schweizer Bezugs von der Nichtanerkennung ihrer Ehe Betroffenen bliebe nach Vollendung ihres 18. Lebensjahres wiederum die Möglichkeit, als Ledige das schweizerische Ehevorbereitungsverfahren zu durchlaufen und hier die Ehe mitsamt dem während der Trauung zu bekräftigenden freien Willen einzugehen. Damit würde ebenfalls ordentlich geprüft, ob allenfalls eine Zwangsheirat beabsichtigt wird.

Abschliessend weisen wir darauf hin, dass die kantonalen Behörden wiederholt mit Fällen konfrontiert sind, die unter Verletzung des Primats der Ziviltrauung erfolgen. Bis Ende des Jahres 1999 wurde die Verletzung des Primates der Ziviltrauung mit Busse bestraft. Danach wurde diese Bestimmung aus dem ZGB leider gestrichen. Es wäre deshalb wünschenswert, eine solche Strafbestimmung oder zumindest eine Strafbestimmung bei religiösen Minderjährigenehen wieder einzuführen. Auch damit würde man ein klares Zeichen setzen, dass solche rechtlich folgenlosen Ehen in der Schweiz gesellschaftlich nicht akzeptiert werden.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Maur

Der Staatsschreiber





Numero
5182

fr

0

Bellinzona
20 ottobre 2021

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
DFGP
Palazzo federale ovest
CH-3003 Berna

Trasmessa per email: zz@bj.admin.ch

Procedura di consultazione concernente la Revisione del Codice civile svizzero (Misure contro i matrimoni con minorenni)

Gentili signore,
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 30 giugno 2021 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, ci permettiamo di sottoporvi le seguenti considerazioni e proposte.

Assicurare la protezione dei minori e garantire il rispetto dei loro diritti fondamentali è un impegno della società e un dovere dello Stato. Sulla base di questo presupposto fondamentale in Svizzera il matrimonio può essere contratto unicamente tra persone maggiorenni (art. 94 CC). Questo requisito garantisce agli sposi di effettuare una scelta con la necessaria maturità e definisce nell'interesse della collettività adeguate garanzie circa la libera volontà sottesa alla decisione di entrambi. Proprio per questo insieme di fattori, quando il matrimonio riguarda minorenni, è importante che il legislatore svizzero prenda dei provvedimenti a tutela dei loro interessi e dei loro diritti anche se fortunatamente nel nostro Paese non si è di fronte a un numero elevato di casi o a un fenomeno in aumento.

In base alla prassi attuale, in Svizzera vi è già una buona tutela in tal senso, visto che i matrimoni celebrati all'estero fra persone al di sotto dei 16 anni non vengono riconosciuti in quanto ritenuti contrari all'ordine pubblico. Tuttavia l'attuale quadro giuridico prevede che con il sopraggiungere della maggiore età il matrimonio sia da ritenersi valido. Per migliorare gli intenti di tutela è dunque opportuno introdurre una modifica legislativa che consenta di rendere nullo un matrimonio contratto da minorenne anche dopo il compimento del 18. anno di età.

Di principio si condivide pertanto l'idea che vi sia un margine di miglioramento delle basi legali attuali per lottare contro i matrimoni con minorenni, un impegno imprescindibile che la Svizzera ha nuovamente confermato nell'aderire agli obiettivi dell'Agenda 2030 per uno sviluppo sostenibile supportando ad esempio nei Pasi in sviluppo progetti sulle conseguenze negative dei matrimoni precoci o coatti. Non va infatti dimenticato che i matrimoni precoci – che riguardano in misura preponderante le ragazze (si stima che ogni anno 15 milioni di minorenni vengano date in sposa nel mondo) – influiscono sulla vita delle ragazze sotto molti aspetti, limitando ad esempio le loro possibilità di formazione e di affermazione professionale e personale.

Se sulla questione di principio il consenso alla proposta è indubbiamente dato, vi sono però alcune tematiche che a nostro avviso devono essere analizzate in modo più approfondito, come i conflitti che il nuovo termine di sanatoria può creare rispetto al principio di proporzionalità e alla libertà individuale; soprattutto nei confronti di persone che si sono coniugate prossime alla maggiore età (non è prevista alcuna distinzione se il matrimonio è stato celebrato a 17 o a 13 anni), come pure l'opportunità dell'inserimento delle nuove basi legali nel Codice Civile invece che nella Legge federale sul diritto internazionale privato (LDIP). Non da ultimo, non va neppure sottovalutato l'aggravio procedurale che la prospettata soluzione cagionerà a scapito di tutte le parti coinvolte, causando maggiori costi a carico dello Stato, senza in realtà combattere all'origine il fenomeno.

Per questo motivo, riteniamo che vengano ulteriormente approfondite le seguenti tematiche. Precisiamo che le osservazioni che esprimiamo valgono per analogia anche per le disposizioni relative all'unione domestica registrata che per evitare ridondanze evitiamo di ripetere.

1. Posticipo della sanatoria

In base al diritto in vigore, la nullità del matrimonio viene sanata quando le persone che si sono coniugate da minorenni raggiungono la maggiore età in base al diritto svizzero, vale a dire al compimento del diciottesimo anno di età. Ciò rende effettivamente difficile promuovere una causa di nullità del matrimonio, in quanto spesso il coniuge minore al momento della celebrazione entra in Svizzera da maggiorenne o lo diventa prima del termine della procedura giudiziaria.

Per questo motivo, il principio del posticipo della sanatoria previsto dalla revisione trova la nostra approvazione.

Allo stesso tempo tuttavia riteniamo che l'estensione della sanatoria da 18 a 25 anni, possa essere sproporzionata in ragione del diritto alla libertà di scelta, all'autodeterminazione e del diritto al matrimonio. Quando si interviene per la limitazione di un diritto fondamentale non è sufficiente che vi sia una base legale, bensì è necessario che le misure adottate siano giustificate dallo scopo perseguito e proporzionali con la limitazione del diritto intaccato.

In particolare, il posticipo della sanatoria a 25 anni risulta essere problematico quanto più l'età del coniuge minorenne si avvicina ai 18 anni, considerato che la capacità di discernimento e la relativa maturità decisionale si rafforzano progressivamente con l'età. Si pensi ad esempio ai matrimoni celebrati all'estero di persone alla soglia della maggiore

età giunte in Svizzera a 24 anni, per i quali l'autorità competente è tenuta d'ufficio a promuovere la nullità del matrimonio.

Per questi motivi e per osservare il principio di proporzionalità, si chiede di rivalutare il termine a 25 anni e/o di prevedere ulteriori criteri oltre al posticipo della sanatoria. In questo senso, suggeriamo le seguenti varianti quali spunto di riflessione e approfondimento:

VARIANTE 1.A:

Se si intende mantenere il termine della sanatoria a 25 anni, riteniamo che sarebbe opportuna una distinzione dell'età al momento del matrimonio tra la fascia di età inferiore ai 16 anni e quella tra i **16 e i 17**. Per gli sposi della seconda fascia, a fronte della loro maggiore capacità di discernimento e autodeterminazione, il limite di età relativo alla sanatoria andrebbe ridotto da **25 a 20 anni**. Questa distinzione renderebbe la procedura più articolata ma sarebbe più rispettosa delle libertà personali.

VARIANTE 1.B:

Qualora si dovesse ritenere la proposta della VARIANTE 1.A, che prevede una distinzione del limite dell'età di sanatoria a partire dai 16 anni, troppo laboriosa dal profilo dell'applicabilità, riteniamo opportuno che, ai fini di un migliore rispetto dei diritti individuali e della capacità di autodeterminazione delle persone nella fascia di età tra i 16 e i 17 anni, il termine della sanatoria venga ridotto (indipendentemente dall'età degli sposi al momento del matrimonio) **dai 25 ai 22 anni**. In questo modo, l'autorità competente per promuovere l'azione d'annullamento avrebbe comunque il tempo per agire, mentre i diritti fondamentali verrebbero limitati in modo meno invasivo. È bene osservare che dopo il termine di 22 anni rimarrebbe comunque invariata la possibilità di promuovere una causa di annullamento del matrimonio in quanto forzato (art. 105 cfr. 5 CC). Ciò che garantisce una buona tutela per le eventuali vittime di questo fenomeno indipendentemente dal tempo trascorso e da un termine per la sanatoria.

VARIANTE 1.C:

Un'ulteriore possibile alternativa che tiene meglio conto del principio di proporzionalità per rapporto alla limitazione delle libertà personali e in un'ottica di economia procedurale potrebbe essere quella di prevedere una procedura agevolata per sanare la minore età al momento della celebrazione per quegli sposi che al momento della celebrazione del matrimonio avevano più di 16 anni e che nel frattempo ne hanno compiuto 22. In questi casi, l'autorità competente per l'annullamento del matrimonio potrebbe rinunciare a promuoverne la causa ricevendo personalmente e separatamente una dichiarazione da parte degli sposi con la quale confermano di voler mantenere il vincolo matrimoniale.

Questa variante permetterebbe al contempo di salvaguardare gli interessi dei minori e di non ledere i diritti fondamentali delle persone interessate. Si pensi ad esempio al matrimonio di una persona prossima ai 18 anni per la quale nello Stato di celebrazione è già stata espletata una procedura giudiziaria o amministrativa che ne ha statuito l'idoneità per la celebrazione ritenuta la libera scelta dei fidanzati e in considerazione delle particolari circostanze del caso (per es. gravidanza). Questa prassi è ad esempio prevista da Paesi come l'Italia, la Francia, la Spagna, l'Austria e il Belgio. Rileviamo come in Portogallo addirittura l'età per contrarre matrimonio sia fissata a 16 anni. Considerata l'elevata immigrazione verso la Svizzera da parte dei cittadini di queste Nazioni è evidente

come il nuovo assetto proposto sarà scarsamente compreso dalla popolazione e alla fine nella maggior parte dei casi esso si trasformerà in un mero atto burocratico. Non è quindi da sottovalutare l'impatto che la normativa proposta avrà anche sulle relazioni internazionali.

2. Procedura

Sia la legislazione attuale sia il progetto di revisione prevedono che l'autorità cantonale competente promuova d'ufficio all'autorità giudiziaria l'azione di nullità del matrimonio in presenza di un minore (art. 106 cpv. 1 CC). Questo dualismo implica necessariamente il coinvolgimento di più autorità con il relativo aggravio della tempistica. Infatti, trattandosi di regola di cittadini stranieri non rilevati nel registro dello stato civile, la procedura sarebbe la seguente.

Le autorità cantonali competenti in materia di stranieri che constatare la minore età al momento del matrimonio, ne verificano l'eventuale termine di sanatoria e se non è adempiuto, segnalano la fattispecie all'autorità cantonale competente per promuovere la causa d'annullamento.

Quest'ultima deve promuovere la causa d'annullamento dinnanzi all'autorità giudiziaria senza poter entrare nel merito o effettuare una valutazione del caso.

È dunque l'autorità giudiziaria che, contrariamente alle altre autorità coinvolte, può effettuare le necessarie verifiche, ascoltare personalmente le parti ed emanare una decisione.

Per meglio salvaguardare gli interessi delle parti coinvolte ed evitare un aggravio procedurale a scapito di tutte le parti interessate, sarebbe indicata l'introduzione di una procedura più snella e rapida. In questo senso, chiediamo che venga approfondita la seguente proposta:

VARIANTE 2:

Sulla stessa stregua delle procedure di exequatur vigente per il riconoscimento degli effetti giuridici di sentenze straniere, si potrebbe prevedere che i matrimoni celebrati all'estero con minorenni non siano in un primo tempo riconosciuti in Svizzera e richiedere **alle parti di promuovere l'azione** di accertamento presso l'autorità giudiziaria in modo che il giudice si determini sulla validità o meno del matrimonio.

In buona sostanza di principio la validità del matrimonio con almeno un coniuge minorenne sarebbe negata in Svizzera conformemente al proprio diritto interno che esclude la possibilità di contrarre matrimonio ai minorenni fintanto che la competente autorità giudiziaria su esplicita richiesta dei coniugi non si sia pronunciato diversamente al riguardo.

In questo modo, oltre a evitare inutili passaggi intermedi tra autorità che *de facto* non hanno alcun ruolo fattivo né ai fini della lotta contro il matrimonio precoci né dal profilo procedurale, si darebbe un segnale ancora più forte e incisivo della volontà del legislatore svizzero di proteggere i minorenni da questo deplorabile fenomeno grazie a misure che offrono concretamente una tutela. Tra l'altro, questa misura era già stata presa in

considerazione nel Rapporto “Misure legislative contro i matrimoni forzati” (novembre 2008, pagina 21).

Come emerge dal Rapporto esplicativo al punto 3.1, pagina 27, *“l'autorità ha solo il compito di promuovere l'azione quando si trova di fronte a un matrimonio con un minorenne ai sensi dell'articolo 105a AP-CC. **Non** deve soppesare gli interessi (...)”* Non si comprende pertanto lo scopo dell'impostazione proposta tanto più che secondo le indicazioni dello stesso Rapporto esplicativo si prevede che gli adeguamenti normativi proposti ingenereranno inevitabilmente un aumento non quantificabile dell'onere amministrativo alle autorità competenti in materia di migrazione e per gli uffici di stato civile nonché per le Preture (cfr. punto 4.2 p. 31 del Rapporto esplicativo).

Date queste premesse, appare oltremodo più logico conferire a un'unica autorità giudiziaria la competenza per trattare e accertare l'eventuale nullità di un matrimonio precoce costituito all'estero, qualora si volesse effettivamente introdurre un sistema che richieda il controllo sistematico di tutte le unioni avvenute durante la minore età fino a un determinato termine di sanatoria.

Sicuramente non marginali saranno inoltre i costi in caso di soccombenza qualora l'azione di nullità dovrà essere respinta ai sensi del nuovo art. 105a cpv. 2 AP-CC. Eventualità questa, che si produrrà nella maggior parte dei casi, soprattutto tenuto conto delle legislazioni di Paesi a noi limitrofi più permissive nell'ammettere matrimoni a partire dai 16 anni e considerato.

3. Sistematica della base legale

In Svizzera ci si può sposare unicamente dopo aver raggiunto la maggiore età. Pertanto, la disposizione prevista dalla revisione per introdurre misure contro i matrimoni con minorenni implica necessariamente che il matrimonio sia stato celebrato all'estero. In presenza di un elemento internazionale è di principio applicabile la Legge federale sul diritto internazionale privato (LDIP), fatti salvi eventuali trattati internazionali (art. 1 cpv. 2 LDIP). Il disciplinamento nel Codice civile di questa tematica dai contorni esclusivamente sovranazionali non appare quindi pertinente. A nostro parere dal profilo della sistematica il contenuto previsto all'art. 105a AP-CC va inserito all'art. 45 LDIP.

Come previsto dall'art. 45 cpv. 2 LDIP (clausola di non riconoscimento del matrimonio in caso di celebrazione all'estero per eludere le norme del diritto svizzero sulla nullità del matrimonio), andrebbe valutato se non introdurre una disposizione analoga anche per i matrimoni di minori.

Sarebbe pertanto auspicabile anche in questo contesto riprendere l'impostazione descritta con la VARIANTE 2 di cui al punto 2 della presente presa di posizione, alla quale si rinvia. In tal modo non sarebbe più necessario introdurre dei criteri legati all'età per la sanatoria, inoltre sarebbe garantita una procedura più rapida e meno onerosa nella misura in cui la fattispecie sarebbe esaminata direttamente da un giudice senza che l'autorità cantonale sia tenuta a promuoverne la causa di nullità.

4. Casi particolari

Riteniamo che andrebbe specificata quale procedura deve essere adottata dalle Autorità dello stato civile qualora vi sia un matrimonio di minori, di nazionalità straniera, domiciliati

all'estero e i dati di uno o entrambi i coniugi siano già documentati nel registro di stato civile e devono pertanto essere aggiornati. In particolare, andrebbe specificato se anche in questi casi è necessario promuovere un'azione di nullità e se del caso, in applicazione di quale base legale (per esempio il foro di necessità ai sensi dell'art. 3 LDIP).

Inoltre, andrebbe indicato se la causa di nullità del matrimonio va promossa d'ufficio anche in altri casi emblematici, come quello di coniugi stranieri, per esempio richiedenti l'asilo, i quali nel verbale dell'audizione sulle generalità indicano di aver contratto il matrimonio (religioso, consuetudinario o altro) durante la minore età e non hanno ancora raggiunto l'età prevista per la sanatoria al momento dell'entrata in Svizzera. In caso affermativo, il giudice dovrebbe dapprima determinare, in via pregiudiziale, se il matrimonio contratto all'estero è da ritenersi valido in Svizzera, per poi, in un secondo momento, dichiararlo nullo o respingere la causa di nullità.

5. Terminologia

Come indicato nel Rapporto esplicativo dell'avamprogetto punto 3.1 pag. 26 e per le stesse motivazioni per cui nella lingua francese il termine *nullité* viene sostituito con *annulation*, si chiede che venga modificato il testo italiano sostituendo il termine *nullità* con *annullamento*. Questa modifica permetterebbe al contempo un'armonizzazione con il termine *annullamento* già adottato nella Legge sull'unione domestica registrata.

6. Modifica di altri atti normativi

Nel caso si optasse per una revisione conformemente a quanto proposto nel punto 2, VARIANTE 2, oltre alla modifica della Legge sul diritto internazionale privato (LDIP), andranno di conseguenza modificati anche gli altri atti normativi interessati, quali la Legge sull'unione domestica registrata (LUD), la Legge federale sugli stranieri e la loro integrazione (LStrI) e la Legge sull'asilo (LAsi).

Se invece si optasse per una revisione conformemente a quanto proposto nel punto 1, VARIANTI 1.A, 1.B o 1.C, oltre al Codice Civile svizzero (CC) andrà modificata anche la Legge sull'unione domestica registrata (LUD).

7. Diritto in materia di stranieri

Nel contesto migratorio il termine di sanatoria e la procedura di accertamento giudiziario d'ufficio applicata a ogni tipo di fattispecie indistintamente e indipendentemente dalla presenza di un vero problema legato alla lotta dei matrimoni con minorenni, complicherà gli aspetti procedurali concernenti il ricongiungimento familiare senza che nella maggior parte dei casi vi saranno dei motivi pertinenti. Questo nuovo approccio favorirà l'instaurarsi di situazioni poco chiare e umanamente difficili da gestire, specialmente quando la persona straniera che richiede un permesso per ricongiungimento familiare già si trova in Svizzera durante l'azione di nullità oppure se vi sono figli nati durante il matrimonio.

8. Conclusioni

Come già rilevato, nella maggior parte dei casi il matrimonio precoce riguarda giovani ragazze, obbligate (spesso per ragioni economiche o culturali) a contrarre matrimonio con uomini molto più grandi di loro. La tutela delle spose bambine che la Svizzera vuole rafforzare con questa modifica di legge è dunque strettamente legata al tema dei matrimoni forzati – per i quali, giova ricordarlo, vale e continuerà a valere il principio della

nullità assoluta. Non è sempre semplice distinguere i due fenomeni (matrimonio precoce e matrimonio forzato) e soprattutto valutare l'effettiva libera volontà di mantenere il vincolo matrimoniale di cui si è detto: condizionamenti culturali e pressioni dell'entourage possono infatti essere fattori fortemente condizionanti.

Per questa ragione, e considerando il fatto che le misure adottate dalla prima revisione per lottare contro i matrimoni forzati (entrate in vigore il 1° luglio 2013) si sono dimostrate troppo poco efficaci, siamo dell'avviso che questa volta non si debba perdere l'occasione per intervenire con una modifica legislativa coraggiosa ed esemplare. Per questo motivo, appoggiamo e riteniamo che la proposta al punto 2, VARIANTE 2, sia la più indicata e che vada ulteriormente approfondita.

L'impostazione suggerita appare infatti molto dispersiva e poco efficace.

L' 105a cpv. 2 cifra 2 CC prevede infatti il respingimento dell'azione se il coniuge divenuto maggiorenne esprime la sua libera volontà di mantenere il vincolo matrimoniale; nella maggior parte dei casi l'azione sarà respinta proprio per questo motivo. In Germania degli studi hanno concluso che l'annullamento giudiziario e l'invalidità dei matrimoni con minorenni sulla scorta del diritto nazionale hanno poco impatto pratico rispetto allo scopo perseguito anche perché questo non impedisce che queste unioni siano contratte all'estero (cfr. Appendice: diritto comparato; Rapporto esplicativo p. 36 e le note ivi citate).

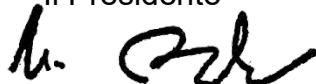
Ribadiamo altresì la necessità che la questione sia se del caso disciplinata all'interno della Legge sul diritto internazionale privato (LDIP).

Accanto all'auspicata modifica legislativa, ci preme sottolineare l'importanza fondamentale che hanno iniziative concrete e puntuali mirate alla sensibilizzazione delle fasce più vulnerabili, le quali hanno permesso di ottenere dei risultati soddisfacenti. Per questo motivo, si chiede che esse vengano mantenute ed incentivate, laddove possibile, anche in seguito ad una modifica legislativa.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente



Manuele Bertoli

Il Cancelliere



Arnoldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Divisione della giustizia (giustizia.divisione@ti.ch)
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch)
- Ufficio dello stato civile (usc.vigilanza@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 30. Juni 2021 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens die Kantonsregierungen eingeladen, zur geplanten Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB; SR 210) (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten) Stellung zu nehmen. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Wir begrüssen die Zielsetzung der Vorlage, verstärkte Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten zu treffen. Insbesondere erachten wir die Verlängerung der Klagefrist, um die Ehe ungültig erklären zu lassen, um sieben Jahre bis zum 25. Geburtstag als angemessen. Auch stimmen wir der Beibehaltung der nach geltendem Recht von den Gerichten beim Entscheid über die Ungültigkeit der Ehe vorzunehmenden Interessenabwägung zu. Im Übrigen schliessen wir uns der Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) vom 29. September 2021 an.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 29. Oktober 2021



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kantonsdirektor

Urban Camenzind

Roman Balli



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Département fédéral de justice et police

Par voie électronique : zz@bj.admin.ch

Réf. : 21_COU_5524

Lausanne, le 6 octobre 2021

Révision du code civil (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat vous remercie d'avoir sollicité son avis sur l'avant-projet de modification du Code civil visant les mesures de lutte contre les mariages avec un mineur.

Après avoir mené une consultation auprès des organismes concernés du canton, il a l'honneur de vous faire part de ses déterminations.

Le Conseil d'Etat salue dans son principe le projet de révision du Code civil, lequel tend à renforcer la protection des personnes mariées alors qu'elles étaient mineures. La réparation du vice automatique prévue à la majorité n'est plus acceptable et doit être modifiée. Le Gouvernement vaudois assortit toutefois son soutien à ce projet de quelques réserves, propositions de modifications et recommandations quant à sa mise en œuvre.

S'il n'est aujourd'hui plus possible pour une personne mineure de se marier en Suisse, la problématique demeure pour de telles unions célébrées à l'étranger. Soutenir les potentielles victimes mineures de mariages est une obligation des autorités et tous les moyens doivent être mis en œuvre pour garantir une meilleure protection. La possibilité prévue par l'avant-projet d'annuler le mariage jusqu'à ce que l'époux mineur ait atteint l'âge de 25 ans révolus constitue un moyen supplémentaire qui renforce de manière significative la protection de ces personnes.

L'expérience vécue dans notre canton montre que ces personnes sont bien souvent déracinées et livrées à leur conjoint ou à la famille de ce dernier. Elles ont en outre souvent des difficultés à s'exprimer en français et, dans ces conditions, elles ne disposent pas d'une liberté pour refuser le maintien du mariage. Elles doivent prendre confiance pour façonner leur existence en toute autonomie. Pour cela, il importe de leur donner davantage de temps pour accepter la loi, et la comprendre comme un moyen de se protéger et non pas comme une entrave à la perpétuation de leurs coutumes. Le délai supplémentaire de réflexion est donc adéquat en terme protectionnel. L'opportunité de le prolonger même jusqu'à 30 ans mérite d'être encore examinée.

Le Conseil d'Etat exprime une réserve liée au constat de l'incapacité du système actuel de concrétiser l'annulation de mariages de mineurs. Selon le rapport du Conseil fédéral, entre le 1^{er} juillet 2013 et le 31 décembre 2017, 226 soupçons de mariage avec mineurs ont fait l'objet d'un signalement, pour moins de 15 actions intentées dont 2 annulations prononcées. La pratique démontre que, malgré le dispositif mis en œuvre, la législation actuelle ne permet pas l'annulation de mariage de mineurs. La Direction générale des affaires institutionnelles et des communes du Canton de Vaud, service chargé de mener les procédures d'annulation de mariage, relaie également les limites du droit existant.

Si la Suisse souhaite lutter efficacement contre les mariages de mineurs, le système en trois temps (transcription du mariage par l'Etat civil, signalement à l'autorité chargée de mener l'action en annulation, procès en annulation) devrait être revu au profit d'une procédure dans laquelle on refuserait de reconnaître les mariages de mineurs, à charge pour les époux de saisir la justice s'ils estiment qu'il est dans l'intérêt supérieur du mineur de voir ce mariage reconnu. Un âge limite après lequel on ne refuserait plus la reconnaissance pourrait être fixé, ceci afin de tenir compte de l'écoulement du temps et éviter certaines difficultés. Il s'agirait donc de modifier le libellé de l'art. 105 ch. 6 CC en supprimant la possibilité de maintenir le mariage. L'art. 45 de la loi sur le droit international privé concernant le mariage célébré à l'étranger, devra également être adapté. Une proposition de modification figure en annexe.

Par ailleurs, nous relevons que l'avant-projet ne traite aucunement de la question du droit applicable en cas de conflit de loi, notamment en matière d'acquisition de la majorité (dans certains pays, la majorité est fixée à 16 ans). Ce point devrait être réfléchi de manière plus approfondie, aucune modification de la loi fédérale sur le droit international privé n'étant envisagée.

Partant du principe que le mariage n'est généralement pas dans l'intérêt de la personne mineure et que dans le doute il faut l'annuler, une attention toute particulière doit être portée à la possibilité pour le juge de maintenir le mariage s'il l'estime dans l'intérêt du mineur. Il faut trouver l'équilibre entre protection et respect de l'autonomie de la personne, d'une part, et les répercussions sur les droits futurs de la personne si elle demeure en Suisse ainsi que ses besoins face à ses représentants légaux qui ont probablement mis en place ou soutenu le mariage, d'autre part. L'application de cette exception doit donc être utilisée avec retenue et le juge doit, dans le cadre de son appréciation, remettre en question la validité d'un consentement exprimé a posteriori, surtout lorsqu'il s'agit d'une personne mineure.

Sur la base de la stratégie adoptée par le Conseil fédéral pour empêcher les mariages forcés et soutenir efficacement les personnes touchées, il est important de continuer à mettre l'accent sur les piliers de la prévention, de la sensibilisation et du conseil. Le Conseil d'Etat regrette donc que l'avant-projet n'introduise pas de dispositions pour promouvoir des conseils préventifs et une protection destinée aux victimes potentielles pour leur permettre de mieux résister aux pressions et contraintes familiales. Il propose dès lors que l'art. 108 CC soit complété par un alinéa prévoyant que si la situation l'exige, ou à la demande de la personne, un professionnel soit désigné par l'autorité compétente pour prêter assistance dans la démarche.

Compte tenu de ce qui précède, le Gouvernement vaudois accepte les modifications proposées par l'avant-projet avec les réserves citées ci-dessus.

En vous remerciant par avance de l'accueil que vous réserverez aux déterminations du Canton de Vaud, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LA CHANCELIERE a.i.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "N. Gorrite".

Nuria Gorrite

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Sandra Nicollier".

Sandra Nicollier

Copies :

- Direction générale de l'enfance et de la jeunesse
- Direction générale des affaires institutionnelles et des communes

Annexe :

- Proposition de modification

Conseil d'Etat du Canton de Vaud
PROPOSITIONS DE MODIFICATIONS

Conformément aux propositions présentées et commentées dans la réponse du Conseil d'Etat vaudois à la consultation, les articles actuels seraient modifiés de la manière suivante :

Art. 105 CC

Le mariage doit être annulé :

(...)

6 lorsque l'un de époux était mineur au moment de la célébration, ~~à moins que son intérêt supérieur ne commande de maintenir le mariage.~~

Art. 106 CC serait conservé pour les cas qui n'auraient pas été détectés et tous ceux qui ne concernent pas le mariage de mineur.

La modification de l'article 105 al. 6 CC impliquerait une modification de l'article 45 LDIP et plus particulièrement par l'ajout d'un alinéa 1bis :

Art. 45 LDIP

1 Un mariage valablement célébré à l'étranger est reconnu en Suisse si les époux étaient âgés de 18 ans au moins et consentants.

1 bis Un mariage valablement célébré à l'étranger alors qu'un des époux était âgé de moins de 18 ans ne peut être reconnu en Suisse que si cet époux a atteint l'âge de 25 ans lors de la demande de reconnaissance, ou si un tribunal suisse l'ordonne à la requête des époux, qui doivent démontrer :

1. si l'époux concerné n'a pas encore 18 ans, que son intérêt supérieur commande de poursuivre le mariage ;

2. si l'époux concerné a plus de 18 ans, qu'il consent de son plein gré à poursuivre le mariage.

Conseil d'Etat du Canton de Vaud
PROPOSITIONS DE MODIFICATIONS

Conformément aux propositions présentées et commentées dans la réponse du Conseil d'Etat vaudois à la consultation, les articles actuels seraient modifiés de la manière suivante :

Art. 105 CC

Le mariage doit être annulé :

(...)

6 lorsque l'un de époux était mineur au moment de la célébration, ~~à moins que son intérêt supérieur ne commande de maintenir le mariage.~~

Art. 106 CC serait conservé pour les cas qui n'auraient pas été détectés et tous ceux qui ne concernent pas le mariage de mineur.

La modification de l'article 105 al. 6 CC impliquerait une modification de l'article 45 LDIP et plus particulièrement par l'ajout d'un alinéa 1bis :

Art. 45 LDIP

1 Un mariage valablement célébré à l'étranger est reconnu en Suisse si les époux étaient âgés de 18 ans au moins et consentants.

1 bis Un mariage valablement célébré à l'étranger alors qu'un des époux était âgé de moins de 18 ans ne peut être reconnu en Suisse que si cet époux a atteint l'âge de 25 ans lors de la demande de reconnaissance, ou si un tribunal suisse l'ordonne à la requête des époux, qui doivent démontrer :

1. si l'époux concerné n'a pas encore 18 ans, que son intérêt supérieur commande de poursuivre le mariage ;

2. si l'époux concerné a plus de 18 ans, qu'il consent de son plein gré à poursuivre le mariage.



2021.04074

P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Madame
Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral de
justice et police
3003 Berne



Notre réf. FF/sh

Votre réf. /

Date 6 octobre 2021

Consultation concernant la révision du code civil (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'avoir consulté dans le cadre de l'objet mentionné sous rubrique et vous fait part ci-dessous de ses considérations :

1. Position sur le principe d'une révision du code civil (lutte contre les mariages avec un mineur)

Nous saluons la volonté du Conseil fédéral de prendre des mesures plus strictes pour lutter contre les mariages avec un mineur mais nous doutons de l'efficacité et de l'opportunité des mesures envisagées.

En effet, durant ces dernières années, le canton du Valais a été confronté à plusieurs demandes d'enregistrements. Tous les mariages en question avaient été contractés à l'étranger soit par des ressortissants suisses avec un fiancé étranger soit par deux personnes étrangères. Et aucune de ces situations n'a abouti à l'annulation d'un mariage car les époux, qui sont le plus souvent devenus majeurs entretemps, valident le principe de leur union.

Ils le font à 18 ans et le feront aussi à l'âge de 25 ans.

2. Effets d'une telle révision sur le problème du mariage avec un mineur

Dans le système présenté, les autorités auraient l'obligation d'ouvrir une action en annulation du mariage auprès des autorités judiciaires, pour autant que l'un des fiancés, mineur au moment de la célébration, n'ait pas encore atteint l'âge de 25 ans. Cette action devrait être rejetée si la personne mineure au moment de célébrer le mariage indique vouloir de son plein gré poursuivre l'union. Ainsi l'action introduite serait à coup sûr, rejetée et les frais et dépens mis à la charge de la partie ayant introduit l'action, en l'occurrence l'Etat.

De plus, les tribunaux civils n'ont pas les moyens d'instruire ces dossiers à l'étranger car cette problématique nécessite dans la grande majorité des cas des commissions rogatoires difficiles, voire impossibles à mener à terme. Les pays touchés par cette problématique autorisent bien souvent le mariage entre mineurs et ce n'est pas le droit suisse qui peut



intervenir pour annuler un mariage par un jugement qui aura une validité uniquement sur le territoire de la Confédération.

Au final, il s'agirait de procédures coûteuses et fastidieuses, pour un résultat plus qu'hypothétique.

3. Autre mesure proposée pour limiter les mariages avec un mineur

La problématique ne trouvera pas une réponse dans le Code civil suisse mais dans la Loi sur le droit international privé (LDIP), qui pourrait – comme proposé par la Conférence des autorités cantonales de surveillance de l'état civil (CEC) – prévoir de ne pas reconnaître en Suisse les mariages célébrés à l'étranger avec un mineur ayant un lien avec la Suisse (domicile ou nationalité d'un des fiancés).

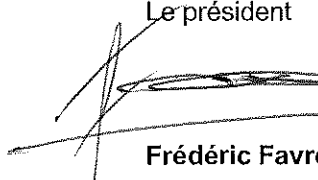
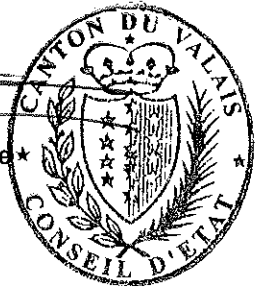
Les mariages impliquant un mineur pourraient ainsi être refusés sous l'angle de l'article 45 LDIP. Les fiancés (ou leur famille) ayant clairement la volonté de contourner le droit suisse en célébrant leur mariage à l'étranger n'obtiendraient plus la reconnaissance de celui-ci.

La volonté des autorités de combattre toutes formes de mariages contraire à la volonté des membres de l'union, que ce soit un mariage forcé ou un mariage avec un mineur, est salubre mais nous constatons que cette démarche n'aboutit que rarement à des résultats concrets.

Nous proposons donc de renoncer à introduire cette réforme des dispositions du Code civil portant sur le mariage avec un mineur, une modification de la LDIP nous apparaissant plus appropriée.

Le Conseil d'Etat vous remercie de l'avoir consulté et vous présente, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président  Frédéric Favre		Le chancelier  Philipp Spörri
---	---	---

Copie à info-zz@bj.admin.ch



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
3003 Bern

Zug, 14. September 2021 sa

**Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigen-
heiraten)**

Vernehmlassung des Kantons Zug

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 haben Sie den Regierungsrat des Kantons Zug zur Stellungnahme eingeladen. Gerne äussern wir uns wie folgt:

Mit der vorliegenden Revisionsvorlage möchte der Bund die Minderjährigenheirat stärker bekämpfen und Betroffene besser schützen. Ehen mit Personen, die zum Zeitpunkt der Eheschliessung minderjährig waren, sollen grundsätzlich für ungültig erklärt werden, und die Heilung solcher Ehen soll erst nach Erreichen des 25. Altersjahres eintreten statt mit dem Erreichen der Volljährigkeit. Damit wird sowohl den betroffenen Personen als auch der klageberechtigten Behörde eine längere Zeitdauer gewährt, um eine Eheungültigkeit geltend zu machen. Der Kanton Zug unterstützt diese Änderungen im Grundsatz. Gleichzeitig befürwortet er, dass trotz dem Grundsatz der Eheungültigkeit in gewissen Fällen eine Interessenabwägung vorgenommen werden kann und dass nach wie vor jeder Einzelfall geprüft werden soll, bevor eine Ehe für ungültig erklärt wird.

Der Kanton Zug unterstützt daher die beantragten Änderungen unter Beachtung folgender Anträge:

Antrag 1:

RevArt. 105a Abs. 3 ZGB sei dahingehend anzupassen, dass die Ungültigkeit wegen Minderjährigkeit zur Zeit der Eheschliessung nicht mehr geltend gemacht werden kann, wenn der betreffende Ehegatte das **30. Altersjahr** vollendet hat.

Begründung:

Es ist zu begrüssen, dass die Eheungültigkeit wegen Minderjährigkeit nicht auf unbeschränkte Zeit hin geltend gemacht werden kann und eine klare Altersgrenze vorgegeben wird, ab wann der Eheungültigkeitsgrund geheilt wird. Das vom Bundesrat vorgeschlagene vollendete 25. Altersjahr erachtet der Kanton Zug jedoch als ein zu kurzes Zeitfenster für die Geltendmachung dieses Ungültigkeitsgrundes. Er schlägt stattdessen eine Erhöhung bis zum vollendeten 30. Al-

tersjahr vor. Damit kann insbesondere ausgeschlossen werden, dass minderjährige verheiratete Personen mit einer Einreise in die Schweiz einige Jahre zuwarten, bis der Ungültigkeitsgrund nicht mehr angerufen werden kann und als geheilt gilt.

Antrag 2:

Es ist zu klären, wie die Zivilstandsämter im Zusammenhang mit der Meldung von Minderjährigenehen bei der Eintragung im Schweizerischen Personenstandregister (Infostar) vorzugehen haben.

Begründung:

Im erläuternden Bericht (Ziff. 1.2.5) wird ausgeführt, dass die Ungültigkeit der Ehe erst wirksam wird, nachdem das Gericht die Ungültigkeit ausgesprochen hat. Es stellt sich nun die Frage, wie die Zivilstandsämter bei einer Meldung einer Minderjährigenehe vorzugehen haben. Haben die Zivilstandsämter die Minderjährigenehe in Infostar einzutragen und müssen sie diesen Eintrag berichtigen, nachdem das Gericht die Ehe im Anschluss für ungültig erklärt hat oder soll mit der Eintragung in Infostar zugewartet werden, bis das Gericht die Ungültigerklärung oder Gültigerklärung ausgesprochen hat? Im Zusammenhang mit Fällen mit einem Auslandsbezug und Familiennachzug wird im erläuternden Bericht (Ziff. 2.5.4) von einer Sistierung des Verfahrens gesprochen. Gilt dies auch für das Verfahren bei den Zivilstandsämtern? Diesfalls müsste jedoch bedacht werden, dass gerade viele im Ausland geschlossene Ehen erst mit der Eintragung der Geburt eines gemeinsamen Kindes der Eheleute in Infostar registriert werden. Wird bei einer solchen Konstellation auf eine Eintragung der Ehe verzichtet bzw. infolge Sistierung zugewartet, führt dies bei den Eltern zu Erschwernissen. Zum Beispiel kann der Vater aufgrund der fehlenden Vaterschaftsvermutung während der Ehe nicht ohne weiteres eingetragen werden. Folglich kann er beispielsweise auch keine Kinderzulagen beantragen. Zudem hat dieser Umstand auch namensrechtlich entsprechende Konsequenzen.

Der Kanton Zug ersucht den Bund aus diesen Gründen, sich mit diesen Fragestellungen und den entsprechenden Konsequenzen sowohl für die betroffenen Eheleute als auch die Zivilstandsämter zu befassen und seine Ergebnisse in geeigneter Form zu kommunizieren.

Antrag 3:

Der zweite Satz in revArt. 106 Abs. 3 ZGB ist zu streichen.

Begründung:

Der zweite Satz in revArt. 106 Abs. 3 ZGB («Auf Ungültigkeit wegen Minderjährigkeit eines Ehegatten zur Zeit der Eheschliessung kann jedoch nur geklagt werden, bevor der betreffende Ehegatte das 25. Altersjahr vollendet hat») stellt eine Wiederholung von revArt. 105a Abs. 3 ZGB («Hat der betreffende Ehegatte das 25. Altersjahr vollendet, so kann die Ungültigkeit wegen Minderjährigkeit zur Zeit der Eheschliessung nicht mehr geltend gemacht werden») dar. Im Sinne einer schlanken Gesetzgebung ist auf diese Wiederholung zu verzichten.

Wir bitten Sie, unsere Anträge bei der Ausarbeitung der definitiven Gesetzesvorlage zu berücksichtigen.

Zug, 14. September 2021

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Martin Pfister
Landammann



Renée Spillmann Siegwart
stv. Landschreiberin

Kopie per E-Mail an:

- zz@bj.admin.ch
- Obergericht Kanton Zug
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

6. Oktober 2021 (RRB Nr. 1119/2021)

**Revision des Zivilgesetzbuchs, Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Juni 2021 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten) Stellung zu nehmen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

1. Vorgeschlagene Revision des Zivilgesetzbuchs

Wir begrüssen die Absicht des Bundesrates, durch eine Gesetzesrevision den Schutz von minderjährig verheirateten Personen zu verbessern. Eine Ungültigkeit der Minderjährigenheirat ist in jedem Fall anzustreben. Einen wichtigen Schritt stellt dabei insbesondere die Verlängerung der Frist zur Einreichung der Ungültigkeitsklage bis zum Erreichen des 25. Altersjahres der betroffenen Person dar (Art. 105a Abs. 3 VE-ZGB). Wir erachten es als prüfenswert, diese Altersgrenze bis zum Erreichen des 30. Altersjahres zu verlängern, da so mehr Betroffenen, die in die Schweiz einreisen, die Möglichkeit gegeben wird, Ungültigkeitsklage zu erheben. Ebenso begrüssen wir grundsätzlich die Beibehaltung der individuellen Interessensprüfung bei Minderjährigenehen, wenn die Betroffenen im Zeitpunkt der Beurteilung noch minderjährig sind (Art. 105a Abs. 2 Ziff. 1 VE-ZGB). Wir erachten es als wichtig, dass bei der Prüfung, ob die Ehe für ungültig erklärt werden soll, eine differenzierte Einzelfallbetrachtung der gesamten Umstände stattfindet. Damit ist gewährleistet, dass die Meinung der betroffenen minderjährigen Personen einbezogen (Art. 12 Übereinkommen über die Rechte des Kindes [UN-KRK, SR 0.107] und auch das Wohl und die Zukunft gemeinsamer Kinder berücksichtigt wird (Art. 3 UN-KRK). Es scheint uns jedoch wichtig, dass die Interessensprüfung nur in Ausnahmefällen zu einer Anerkennung von Minderjährigenheiraten führen sollte. Der Grundsatz der Ungültigkeit von Minderjährigenheiraten sollte den Entscheiden immer zugrunde liegen.

2. Verhinderung von Minderjährigenheiraten

Ob das angestrebte Ziel der Verringerung der Anzahl Minderjährigenheiraten durch die geplante Revision des Zivilgesetzbuchs erreicht werden kann, erscheint uns jedoch grundsätzlich fraglich. Dies aus folgenden Gründen:

2.1 Situation betreffend Minderjährigenehen im Kanton Zürich

Gemäss den Informationen des elektronischen Personenstandsregisters wurden in den Jahren 2015–2020 im Kanton Zürich 96 Minderjährigenehen beurkundet, in denen eine Ehegattin oder ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Eintragung noch unter 25 Jahre alt war. Seit der Einführung der Bestimmung über die Zwangsheirat wurde von den Gerichten keine Eheungültigkeit aufgrund einer Minderjährigenheirat ausgesprochen. Die geltenden Massnahmen im schweizerischen Recht haben vielmehr dazu geführt, dass solche Ehen nicht mehr in der Schweiz geschlossen werden und die betroffenen Personen dafür ins Ausland ausweichen und nach Erreichen des 18. Lebensjahres die Anerkennung für den schweizerischen Rechtsraum erwirken. Es ist nicht davon auszugehen, dass die geplante Gesetzesänderung an dieser Situation etwas ändern wird.

2.2 Aufwendiges Ungültigkeitsverfahren mit grossem Prozessrisiko für den Staat

Nicht ausser Acht zu lassen ist zudem, dass der Eheungültigkeitsprozess für die zuständigen Behörden, die gemäss dem Vorentwurf von Amtes wegen Klage erheben müssen (Art. 106 Abs. 1 VE-ZGB), mit einem erheblichen Prozessrisiko und entsprechenden Gebühren und Parteientschädigungen zulasten der klagenden kantonalen Behörden verbunden ist. Der klagenden Behörde fehlt überdies die Rechtsgrundlage für weitergehende Abklärungen, so besteht insbesondere keine Möglichkeit der klagenden Behörde, vor Klageerhebung eine verbindliche Parteibefragung durchzuführen. Somit entsteht mit Blick auf Art. 105a Abs. 2, insbesondere Ziff. 2 VE-ZGB, folgende unbefriedigende Situation: Die klagende Behörde hat gestützt auf Art. 105 Abs. 1 VE-ZGB zwingend Klage zu erheben und kann vor Klageerhebung die betroffenen volljährigen Eheleute nicht zu ihrem Ehemillen befragen, mit der Gefahr, dass die Klage regelmässig gestützt auf Art. 105 Abs. 2 Ziff. 2 VE-ZGB abgewiesen wird, denn die Erklärung im Sinne von Art. 105 Abs. 2 Ziff. 2 VE-ZGB hat erst im gerichtlichen Verfahren zu erfolgen.

3. Vorschlag: Revision des IPRG

Es ist deshalb notwendig, grundsätzlich zwei Kategorien von Fällen zu unterscheiden:

a) Minderjährigenehen mit Bezug zur Schweiz

In der Schweiz ist die Eheschliessung mit einer minderjährigen Person unter geltendem Recht nicht möglich. Schliesst folglich eine Person mit Bezug zur Schweiz (Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit) eine Ehe mit einer minderjährigen Person, handelt es sich um eine bewusste Umgehung des schweizerischen Rechts. Unserer Ansicht nach sind deshalb Minderjährigenehen mit Bezug zur Schweiz grundsätzlich die Anerkennung in der Schweiz zu versagen. Es ist bei diesen Konstellationen vielmehr darauf hinzuweisen, dass die betroffenen Personen die Möglichkeit haben, nach Eintritt der Volljährigkeit das Ehevorbereitungsverfahren zu durchlaufen und die Ehe bewusst und unter Bekräftigung des freien Willens (erneut) zu schliessen. Es ist zudem davon auszugehen, dass es schneller und

kostengünstiger ist, eine Ehe nach Eintritt der Volljährigkeit erneut zu schliessen, als eine Bestätigung der Minderjährigenehe eines Zivilgerichtes zu erwirken.

b) Minderjährigenehe ohne Bezug zur Schweiz

Um den bereits gelebten Eheverbindungen Rechnung zu tragen, gilt diese Anerkennungsbeschränkung nicht für Eheschliessungen, die ohne Bezug zur Schweiz geschlossen worden sind. Die Anerkennung einer solchen Verbindung soll möglich sein, sofern die minderjährige Ehegattin oder der minderjährige Ehegatte nach Erreichen der Volljährigkeit der Eintragung aus freien Stücken zustimmt.

Da es in diesen Fällen immer um die Beurteilung einer im Ausland geschlossenen Ehe geht, halten wir eine entsprechende Regelung im Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (IPRG; SR 291) für zielführend.

Wird diesem Vorschlag gefolgt, ist jedoch aus integrationspolitischer Sicht darauf zu achten, dass eine Eheungültigkeitserklärung keine negativen Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus der betroffenen Person hat.

4. Verhinderung religiöser Minderjährigenheiraten (Verstoss gegen das Primat der Ziviltrauung)

Bis 1999 wurde die Verletzung des Primates der Ziviltrauung mit Busse bestraft. Danach wurde diese Bestimmung des Zivilgesetzbuchs aufgehoben. Es wäre deshalb wünschenswert, eine solche Strafbestimmung oder mindestens eine Strafbestimmung bei religiösen Minderjährigenehen wieder einzuführen. Dies würde ein Zeichen setzen, dass auch solche rechtlich folgenlosen Ehen in der Schweiz gesellschaftlich nicht akzeptiert werden.

5. Prozessuales

Art. 294 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO; SR 272) verweist für das Verfahren der Eheungültigkeitsklage auf die Vorschriften über die Scheidungsklage. Es fällt indessen auf, dass es im Verfahren der Eheungültigkeitsklage Aspekte gibt, für welche die Verfahrensregelungen der Scheidung auf gemeinsames Begehren näherliegen als die Vorschriften über die Scheidung auf Klage. Wie unter Ziff. 2.5.2 des erläuternden Berichts zum Vorentwurf zutreffend ausgeführt, ist eine Einigungsverhandlung (Art. 291 ZPO) im Verfahren der Eheungültigkeitsklage oft wenig sinnvoll und scheint demgegenüber die getrennte Anhörung bzw. Befragung der Ehegatten regelmässig geboten. Eine solche Anhörung ist nur im Verfahren der Scheidung auf gemeinsames Begehren vorgesehen (Art. 287 ZPO in Verbindung mit Art. 111 f. ZGB), nicht aber im Verfahren der Scheidung auf Klage.

Unter Ziff. 2.5.3 des erläuternden Berichts wird ebenfalls zu Recht ausgeführt, dass die Eheungültigkeitsklage in vielen Fällen von der klageberechtigten Behörde (vgl. Art. 106 Abs. 1 VE-ZGB) gegen die beiden Ehegatten als beklagte Parteien erhoben werden wird. In dieser prozessualen Konstellation wird es für die Regelung der Nebenfolgen der Eheungültigkeit unerlässlich sein, den Ehegatten analog Art. 288 Abs. 2 ZPO die Parteirollen zuzuteilen, da insoweit ein kontradiktorisches Verfahren zwischen den Eheleuten durchgeführt werden muss. Aus unserer Sicht wäre es aus diesen Gründen vorzuziehen, für das Verfahren der Eheungültigkeitsklage gemäss dem nachfolgenden Vorschlag umfassend auf die Vorschriften über das Scheidungsverfahren zu verweisen statt – wie nach dem



geltenden Art. 294 Abs. 1 ZPO – nur auf die Vorschriften über die Scheidungsklage. Eine Ausdehnung auf alle Bestimmungen über das Scheidungsverfahren würde es den Gerichten erlauben, das Verfahren in sinngemässer Anwendung von Art. 274 ff. ZPO einzelfallgerecht auszugestalten, um die Interessen der betroffenen Personen bestmöglich zu wahren.

Wir schlagen deshalb vor, Art. 294 ZPO wie folgt zu formulieren:

¹ *Das Verfahren bei Eheungültigkeitsklagen richtet sich sinngemäss nach den Vorschriften über das Scheidungsverfahren.*

² *Das Verfahren bei Ehetrennungsklagen richtet sich sinngemäss nach den Vorschriften über die Scheidungsklage.*

³ *Eine Trennungsklage kann bis zum Beginn der Urteilsberatung in eine Scheidungsklage umgewandelt werden. [entspricht dem bisherigen Abs. 2]*

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Jacqueline Fehr

Dr. Kathrin Arioli

